

# Zur Geschichte der KPD

*Schulungsvortrag  
Dezember 1943*

Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands umfaßt einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren, wenn auch seit ihrer Gründung am 30. Dezember 1918 erst 25 Jahre verflossen sind.

Aber es müssen ihr die vier Jahre des Kampfes gegen den ersten imperialistischen Weltkrieg hinzugerechnet werden, den sie unter dem Namen „Spartakusbund“ führte.

Die geschichtliche Entwicklung der KPD läßt sich in folgende fünf Hauptetappen einteilen:

*in die erste Etappe von 1914 bis 1918,  
in die zweite Etappe von 1919 bis 1923,  
in die dritte Etappe von 1924 bis 1928,  
in die vierte Etappe von 1929 bis 1932,  
in die fünfte Etappe von 1933 ab, wobei die letztere Etappe noch zu trennen wäre in die Zeit von 1933 bis 1939 vor dem Hitlerkrieg und in die Zeit von 1939 ab während des Hitlerkrieges.*

Diese Etappen entsprechen auch gewissen politischen Etappen in der Entwicklung Deutschlands. Natürlich ist das eine etwas schematische Einteilung, aber eine gewisse Orientierung ermöglicht sie doch.

So unterschiedlich auch die Entwicklung der Partei, ihre Arbeit und ihr innerer Zustand in den einzelnen Etappen waren, durch die ganzen 30 Jahre ihrer Politik zieht sich eine einheitliche Grundlinie, die mit aller Konsequenz durchgeführt wurde. Das ist

- 1. der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden und Völkerverständigung und für die Freundschaft mit der Sowjetunion;*
- 2. der Kampf gegen die Reaktion und für eine Demokratie, die den werktätigen Massen den entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Staates sichert mit dem Ziele der Verwirklichung des Sozialismus;*

3. *der Kampf für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und die Herbeiführung ihrer Einheit und ihres Bündnisses mit der Bauernschaft, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen;*
4. *der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer.*

In dieser Grundlinie ihrer Politik unterscheidet sich die KPD von allen anderen Parteien. Sie ist die einzige, die diese Grundlinie von Anfang an eingehalten hat und für sie kämpfte und die mit ihren Voraussagen über die weitere Entwicklung immer recht behalten hat. Das hat ihr auch das Vertrauen und die Autorität in den werktätigen Massen verschafft, uns sowohl in den Kämpfen der Gegenwart als auch in den kommenden Kämpfen die Führung zu übertragen.

## 1. DIE KPD WAHREND DES ERSTEN WELTKRIEGES

Die erste Etappe von 1914 bis 1918, die Zeit des ersten Weltkrieges, umfaßt die Vorgeschichte der Partei. Gegen den unerhörten Verrat der sozialistischen Grundsätze durch die reformistische Führerschaft, ihre Bewilligung der Kriegskredite, ihren Burgfrieden mit den imperialistischen Kriegsverbrechern und die dadurch verursachte Spaltung der Arbeiterklasse rief Karl Liebknecht im Deutschen Reichstag sein weit in die Welt dringendes entschiedenes „Nein!“. „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg gegen den Feind im eigenen Lande!“ Unter der Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin sammelten sich im ganzen Lande unter dem Namen „Spartakus“ die Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Verrat der sozialistischen Grundsätze durch die reformistischen Führer der Sozialdemokratie. Es begann endlich die organisatorische Trennung der Spartakusleute von der Sozialdemokratie. Diese Trennung war noch nicht konsequent, zielklar. Sie bestand vorerst in dem Anschluß an die von der SPD abgespaltene, aber mit

allen Halbheiten des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg behaftete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und beschränkte sich auf die Schaffung einer Propagandaorganisation, den Spartakusbund. Das Hinausschieben der Gründung einer Kommunistischen Partei war ein schwerer Unterlassungsfehler, der zur Folge hatte, daß dem deutschen Proletariat in der Zeit des Zusammenbruches der kaiserlichen Kriegsmaschine und des Kaiserreiches eine revolutionäre Partei fehlte, die es zum Siege über den Imperialismus, zur Vernichtung der imperialistischen Machthaber und zur Aufrichtung der Macht des Proletariats hätte führen können. Obwohl dem deutschen Proletariat in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland das große Beispiel gegeben war und dieses auch einen starken Einfluß auf die deutschen Volksmassen ausübte, wie das zum Beispiel bei den großen Streiks im Januar 1918 zum Ausdruck kam, so blieb es in Deutschland doch bei einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die wohl die Monarchie stürzte, aber alle reaktionären Kräfte unangetastet und ihnen die Freiheit ließ, einen neuen Krieg vorzubereiten.

Erst am Abschluß dieser Etappe, Ende 1918, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands geschaffen. Aber diese Gründung war nicht genügend in den Massen vorbereitet. Sie wurde nicht als ein Akt zur Einigung der durch die sozialdemokratische Kriegspolitik gespaltenen Arbeiterklasse verstanden, durch den es dieser genügend klar wurde, daß es galt eine konsequente revolutionäre Führung für die Durchsetzung ihrer Interessen zu schaffen. So vollzog sich die Gründung der Partei mehr als eine organisatorische Maßnahme. Nur eine relativ kleine Vorhut der Arbeiterklasse wurde erfaßt, die noch dazu politisch keineswegs einheitlich war. Die Folge war, daß schon auf der Gründungskonferenz schwere politische Fehler in der Einschätzung der Lage gemacht wurden. Das kam zum Ausdruck in der Ablehnung der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, in der negativen Stellung zu den Gewerkschaften und in der Ignorierung der Interessen der Bauernschaft als der Verbündeten der Arbeiterklasse. Zum Teil haben dazu auch Unklarheiten und abwegige Auffassungen in dem schon vor der Parteigründung veröffentlichten Spartakusprogramm beigetragen.

## 2. DIE KPD WÄHREND DER REVOLUTIONÄREN NACHKRIEGSKRISE

Die zweite Etappe in der Entwicklung der Partei umfaßt die Zeit von 1919 bis 1923. Das war die Zeit der revolutionären Nachkriegskrise, in der das Proletariat durch die wirtschaftliche Notlage und, angeregt durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland, mit starkem revolutionärem Willen erfüllt war. Dieser Wille, von einer innerlich gefestigten, zielklaren, revolutionären Partei zusammengefaßt, hätte zu einer großen einheitlichen Aktion geführt werden können, um die immer stärker hervortretende Konterrevolution zu schlagen und den Sieg der Arbeiterklasse herbeizuführen. Statt dessen unternahm die Konterrevolution schon in den ersten Wochen der Weimarer Republik eine Provokation nach der anderen, um die Vorhut der Arbeiterklasse zum Kampfe herauszulocken und sie, voneinander getrennt, in den verschiedenen Gebieten Deutschlands zu schlagen. Das geschah gleich nach der Gründung der Partei in den Januarkämpfen 1919 in Berlin, die fälschlicherweise als „Spartakusaufstand“ bezeichnet wurden, während sie in Wirklichkeit eine spontane Erhebung der Berliner Arbeiterschaft gegen die von der Regierung unternommenen Versuche der Entwaffnung der Arbeiter und des Abbaus der Errungenschaften der Novemberrevolution waren. Im Verlaufe dieser Kämpfe wurden am 15. Januar *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* von Offizieren der von der Regierung nach Berlin zur Niederschlagung der Arbeiterkämpfe herangeholten weißgardistischen Truppen ermordet.

Es war ein Ausdruck der Schwäche der Partei, daß sie auf die Provokation der Regierung hereinfließ und daß diese Mordtat an den beiden Führern der Partei nicht das gesamte Proletariat im ganzen Reiche auf den Kampfplan rief, um die gesamte Konterrevolution mit einem Schlage hinwegzufegen.

Der Generalstreik der Berliner Arbeiter und ihre bewaffneten Kämpfe im März 1919 gegen die Nosketruppen blieben ebenfalls isoliert und endeten deshalb gleichfalls mit einer Niederlage. Es geschah es ferner mit der im April 1919 in Bayern errichteten Räterepublik, die von der Konterrevolution in einem blutigen

allen Halbheiten des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg behaftete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und beschränkte sich auf die Schaffung einer Propagandaorganisation, den Spartakusbund. Das Hinausschieben der Gründung einer Kommunistischen Partei war ein schwerer Unterlassungsfehler, der zur Folge hatte, daß dem deutschen Proletariat in der Zeit des Zusammenbruches der kaiserlichen Kriegsmaschine und des Kaiserreiches eine revolutionäre Partei fehlte, die es zum Siege über den Imperialismus, zur Vernichtung der imperialistischen Machthaber und zur Aufrichtung der Macht des Proletariats hätte führen können. Obwohl dem deutschen Proletariat in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland das große Beispiel gegeben war und dieses auch einen starken Einfluß auf die deutschen Volksmassen ausübte, wie das zum Beispiel bei den großen Streiks im Januar 1918 zum Ausdruck kam, so blieb es in Deutschland doch bei einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die wohl die Monarchie stürzte, aber alle reaktionären Kräfte unangetastet und ihnen die Freiheit ließ, einen neuen Krieg vorzubereiten.

Erst am Abschluß dieser Etappe, Ende 1918, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands geschaffen. Aber diese Gründung war nicht genügend in den Massen vorbereitet. Sie wurde nicht als ein Akt zur Einigung der durch die sozialdemokratische Kriegspolitik gespaltenen Arbeiterklasse verstanden, durch den es dieser genügend klar wurde, daß es galt eine konsequente revolutionäre Führung für die Durchsetzung ihrer Interessen zu schaffen. So vollzog sich die Gründung der Partei mehr als eine organisatorische Maßnahme. Nur eine relativ kleine Vorhut der Arbeiterklasse wurde erfaßt, die noch dazu politisch keineswegs einheitlich war. Die Folge war, daß schon auf der Gründungskonferenz schwere politische Fehler in der Einschätzung der Lage gemacht wurden. Das kam zum Ausdruck in der Ablehnung der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, in der negativen Stellung zu den Gewerkschaften und in der Ignorierung der Interessen der Bauernschaft als der Verbündeten der Arbeiterklasse. Zum Teil haben dazu auch Unklarheiten und abwegige Auffassungen in dem schon vor der Parteigründung veröffentlichten Spartakusprogramm beigetragen.

## 2. DIE KPD WÄHREND DER REVOLUTIONÄREN NACHKRIEGSKRISE

Die zweite Etappe in der Entwicklung der Partei umfaßt die Zeit von 1919 bis 1923. Das war die Zeit der revolutionären Nachkriegskrise, in der das Proletariat durch die wirtschaftliche Notlage und, angeregt durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland, mit starkem revolutionärem Willen erfüllt war. Dieser Wille, von einer innerlich gefestigten, zielklaren, revolutionären Partei zusammengefaßt, hätte zu einer großen einheitlichen Aktion geführt werden können, um die immer stärker hervortretende Konterrevolution zu schlagen und den Sieg der Arbeiterklasse herbeizuführen. Statt dessen unternahm die Konterrevolution schon in den ersten Wochen der Weimarer Republik eine Provokation nach der anderen, um die Vorhut der Arbeiterklasse zum Kampfe herauszulocken und sie, voneinander getrennt, in den verschiedenen Gebieten Deutschlands zu schlagen. Das geschah gleich nach der Gründung der Partei in den Januarkämpfen 1919 in Berlin, die fälschlicherweise als „Spartakusaufstand“ bezeichnet wurden, während sie in Wirklichkeit eine spontane Erhebung der Berliner Arbeiterschaft gegen die von der Regierung unternommenen Versuche der Entwaffnung der Arbeiter und des Abbaus der Errungenschaften der Novemberrevolution waren. Im Verlaufe dieser Kämpfe wurden am 15. Januar *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* von Offizieren der von der Regierung nach Berlin zur Niederschlagung der Arbeiterkämpfe herangeholten weißgardistischen Truppen ermordet.

Es war ein Ausdruck der Schwäche der Partei, daß sie auf die Provokation der Regierung hereinfiel und daß diese Mordtat an den beiden Führern der Partei nicht das gesamte Proletariat im ganzen Reiche auf den Kampfplan rief, um die gesamte Konterrevolution mit einem Schlage hinwegzufegen.

Der Generalstreik der Berliner Arbeiter und ihre bewaffneten Kämpfe im März 1919 gegen die Nosketruppen blieben ebenfalls isoliert und endeten deshalb gleichfalls mit einer Niederlage. So geschah es ferner mit der im April 1919 in Bayern errichteten Räterepublik, die von der Konterrevolution in einem blutigen

Gemetzel niedergekämpft wurde. So ging es mit den Kämpfen in Bremen, Braunschweig, Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und in anderen Gebieten Deutschlands, die zu damaliger Zeit von der Arbeiterklasse aufgenommen wurden, um sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu wehren und die Konterrevolution niederzuringen. In allen diesen Kämpfen unterlag die Arbeiterklasse, weil diese Kämpfe isoliert blieben und nicht von einer starken Kommunistischen Partei zusammengefaßt wurden. Eine Ausnahme davon machte die Aktion der Arbeiterklasse gegen den offenen Vorstoß der Konterrevolution, als diese im Kapp-Putsch im März 1920 die Regierung an sich reißen und die Weimarer Republik liquidieren wollte. In einem einheitlichen, wichtigen Generalstreik der Arbeiter wurde dieser Putsch in drei Tagen erledigt. Aber die im Ruhrgebiet sich anschließenden bewaffneten Kämpfe der Ruhrarbeiter zur Niederschlagung der Konterrevolution wurden im Auftrage der Reichsregierung von der nach dem Ruhrgebiet geschickten Reichswehr niedergeschlagen.

Die Erfahrungen, die die Arbeiter in allen diesen Kämpfen machten, in denen sie wohl geschlagen, aber doch nicht niedergeworfen werden konnten, riefen immer stärker die Erkenntnis der Notwendigkeit zur Schaffung einer breiten revolutionären Massenpartei hervor, die zunächst durch die Vereinigung des fortschrittlichen Teils der USPD mit der KPD Ende 1920 herbeigeführt wurde. Damit stieg die Mitgliederzahl der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) von ungefähr 100 000 auf 300 000 und die Zahl der Ortsgruppen von 1214 auf 2481. Es kam eine Reihe erfahrener Arbeiterführer zur Partei, wie die Genossen Ernst Thälmann, Wilhelm Florin, Wilhelm Koenen, Walter Stoecker und andere, die sehr zur Stärkung der Massenarbeit der Partei beitrugen. Aber es kamen auch Massen zur Partei mit noch sehr unklaren und rückständigen Auffassungen über das Wesen und die Aufgaben einer revolutionären Massenpartei, behaftet teils mit der sozialdemokratischen reformistischen Ideologie, teils mit scheinradikalen sektiererischen Einstellungen. Demgegenüber fehlte es in der Partei an einer gründlichen marxistisch-leninistischen Schulung, so daß sich zunächst mancherlei Schwierigkeiten in der politischen Ausrichtung

dieses Wachstums der Partei ergaben. Die Frage der grundsätzlichen, zielklaren, revolutionären Erziehung stand als eine der wichtigsten Aufgaben vor der Partei, wozu ihr von der Partei Lenins-Stalins das große Beispiel gegeben war.

Die Konterrevolution, unterstützt von der Preußenregierung, unternahm erneute Provokationen, um die so erstarkte Vorhut der Arbeiterklasse herauszufordern. Eine solche Provokation gelang ihr im März 1921 in Mitteldeutschland, wo wegen angeblicher Betriebsdiebstähle das Hallische Industriegebiet, in dem auch das große Chemiewerk Leuna liegt, durch preußische Polizeitruppen besetzt wurde. Die Arbeiter gingen unter Führung der KPD zur Abwehr über. Es kam zu einem sehr blutigen, zehn Tage dauernden Kampfe, vom 20. März bis 1. April, in dem die Arbeiter infolge ihrer ungleichen Bewaffnung gegenüber den mit Großkampfwaffen ausgerüsteten Polizeitruppen unterlagen, zumal auch dieser Kampf isoliert blieb und keine Unterstützung der Arbeiter aus den übrigen Teilen Deutschlands fand. Diese Niederlage löste in der KPD eine sehr ernste Diskussion aus. Von einer Anzahl Genossen wurde die sinnlose sogenannte Offensivtheorie entwickelt, die forderte, daß man zur Vermeidung von Niederlagen von der Verteidigung zur Offensive übergehen müsse, obgleich dafür alle Voraussetzungen fehlten. Andere Genossen vertraten die Auffassung, die Partei hätte nicht kämpfen dürfen, und beschuldigten die Partei der Putschtaktik und des individuellen Terrors und halfen damit der Konterrevolution. Von der Mehrheit der Partei wurden diese Vorstöße gegen die Grundlinie der Partei energisch zurückgewiesen, aber auch sehr ernste Lehren aus den Niederlagen gezogen.

Die wichtigste Lehre, die die Partei aus der Niederlage zog, war die Erkenntnis der Notwendigkeit der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Der Partei wurde hierbei eine sehr große Hilfe geleistet durch die Rede Lenins auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juni 1921 und durch seine Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Die Erfahrungen lehrten, daß zur Durchführung der Kämpfe gegen die Reaktion alle Versuche unternommen werden müssen, um ein gemeinsames Vorgehen mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu erreichen. Zu diesem Zweck

wurde von der KPD immer häufiger und eindringlicher vor den Führern der Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Frage des Zusammengehens der Arbeiter in bestimmten Aktionen gestellt, und es wurden in Form von Einheitsfrontangeboten Vorschläge dafür gemacht. So wurde am 7. Januar 1921 von der KPD in einem offenen Brief an die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ein Einheitsfrontangebot zum unverzüglichen rücksichtslosen Kampf gegen die wachsende Verschlechterung der Lage der Arbeiter gemacht, dem ein bestimmtes Aktionsprogramm zugrunde gelegt worden war. Dieses Angebot, das von Lenin als ein musterhafter politischer Schritt, als erster Akt der praktischen Methode der Heranziehung der Mehrheit der Arbeiterklasse bezeichnet wurde, lehnten die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ab, wie das auch bei allen späteren Angeboten in der Regel geschah. Die reformistischen Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie wollten keinen einheitlichen Massenkampf gegen die Konterrevolution, sie taten alles, um ihn zu verhindern. Die Folge war, daß innerhalb der Partei die irrige Auffassung entstand, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung von Einheitsfrontabkommen durch die Losung der Einheitsfront von unten abgelöst werden mußten, um dadurch einen Druck auf die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auszuüben. Um aber die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Massen für die Einheitsfront, für den einheitlichen Kampf zu gewinnen, fehlte es der Partei noch an der überlegenen klaren Ausrichtung ihrer Politik und Agitation auf die entscheidenden Kampffragen. Eine der wichtigsten war die Organisierung von Streiks gegen die wachsende Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen. Diese Verschlechterung, die durch die Abwälzung der Reparationskosten auf die Schultern der Werktätigen herbeigeführt wurde, forderte die Ausrichtung des Kampfes gegen das Trustkapital, das aus dieser Lage große Gewinne zog. Es fehlte der Partei vor allem auch die enge Verbindung mit den Arbeitermassen in den Betrieben, auf die die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre einen starken, den Kampf hemmenden Einfluß ausübten. Die Einheitsfrontangebote an diese Führer trugen deshalb mehr den Charakter einer Entlarvung ihrer reaktionären

Politik und fanden bei den Massen nicht die genügende Unterstützung. Die durchaus reaktionäre Politik der reformistischen Führer der Gewerkschaften und der SPD führte überdies noch dazu, daß sich die Stoßrichtung unseres Kampfes in der Hauptsache gegen diese Politik richtete, so daß der Kampf gegen die Konterrevolution dahinter scheinbar zurücktrat. Das waren sehr ernste politische und taktische Schwächen der Partei, zu deren Überwindung eine gründliche marxistisch-leninistische Schulung sich als notwendig erwies.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des Organisationsaufbaus der Partei, der bisher im wesentlichen auf der Wohnbezirksorganisation basierte, einer Prüfung unterzogen. Vor der Partei stand die Notwendigkeit, sich in den Betrieben eine Massenbasis zu schaffen und deshalb auch ihre Organisation auf der Betriebsgrundlage aufzubauen, um so eine Verbindung mit den Betriebsmassen herzustellen, die ihr bisher fehlte. Ein Mangel, aus dem auch manche taktische Fehler herrührten. Das Leninsche Organisationsprinzip, daß jeder Betrieb eine Festung sein müsse, war bisher in der Partei nicht genügend verstanden worden.

Die Vorbereitung breiter Massenkämpfe wurde um so dringlicher, als sich die Lage in Deutschland durch die Reparationsverpflichtungen und auf Grund der wirtschaftlichen Depression und der sich immer mehr verschärfenden Notlage der Arbeiter, der sinkenden Kaufkraft der Massen und der wachsenden Teuerung durch die Entwertung der Mark immer mehr zuspitzte und große Auseinandersetzungen zwischen den Volksmassen und der herrschenden Klasse heraufbeschwor. Diese Lage erfuhr eine gewaltige politische Verschärfung durch die im Januar 1923 erfolgte militärische Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Regierung Poincarés wegen Nichterfüllung der festgesetzten Reparationslieferungen. Von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern und der Reichsregierung wurde dieser Besetzung der passive Widerstand, also die Stilllegung der Produktion, entgegengesetzt, statt, wie es die KPD forderte, mit dem Generalstreik zu antworten. Die Lage der werktätigen Massen verschlechterte sich in ungeheurem Maße, besonders durch das rapide Ansteigen der Inflation und die damit verbundene un-

geheuerliche Teuerung. Der Wert der deutschen Mark fiel in einem unvorstellbaren Tempo. Während der Dollar früher 4,20 Mark galt, fiel der Wert der Mark in schneller Folge auf 1000, 2000, 10 000, 100 000 und im August schon auf 300 Millionen Mark gegenüber einem Dollar, um dann im September die astronomische Ziffer von 4,2 Billionen zu erreichen. In Wirklichkeit war die Inflation vom Großkapital organisiert. Durch Verschiebung großer Kapitalien ins Ausland, durch Sabotage der Steuerleistungen und Reparationslieferungen, durch raffinierten Kreditschwindel und durch Ablehnung jeder finanziellen Unterstützung der Regierung vergrößerte das Großkapital in rasendem Tempo das Staatsdefizit und drückte den Wert der Mark immer mehr herab. Zugleich aber mit und durch diese Markentwertung befreite es sich von allen Schulden. Tatsächlich war die Inflation ein Bombengeschäft für die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, während das werktätige Volk alles verlor.

Die damalige Reichsregierung, aus der die Sozialdemokraten im Herbst 1922 ausgeschieden waren, sah dieser Katastrophe völlig untätig zu und verlor immer mehr an Autorität. Sie versuchte jede Massenaktion gegen die ungeheure Not zu verhindern. Die Streikbewegung nahm Anfang August 1923 wieder größeren Umfang an, bis schließlich am 11. August 1923 eine Berliner Betriebsrätekonferenz beschloß, durch einen dreitägigen Generalstreik im ganzen Reich den Sturz der Cunoregierung herbeizuführen. Der von der KPD aufs stärkste unterstützte Generalstreik setzte sofort mit solcher Wucht ein, daß die Regierung schon am ersten Tage zum Rücktritt genötigt wurde. Aber auch die nachfolgende Stresemannregierung, in die Sozialdemokraten wieder eintraten, unternahm keine ernstesten Maßnahmen zur Linderung der Not der Massen. Die sozialdemokratischen Führer lehnten jede ernsthafte Kampfaktion, zu der ihnen von der KPD Einheitsfrontangebote gemacht wurden, ab.

Die Lage hatte sich so zugespitzt, daß eine revolutionäre Situation heranreifte. Die Massen wollten nicht mehr so weiterleben, und die Bourgeoisie und die Regierung konnten nicht mehr mit den bisherigen parlamentarischen Mitteln ihre Macht aufrechterhalten. Der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und den faschistisch-konterrevolutionären Kräften spitzte sich immer

mehr zum Kampfe um die Macht, um die Regierungsgewalt zu. Die Reaktion hielt am 23. September 1923 einen Großkampftag in Nürnberg ab und bereitete von Bayern aus den Marsch auf Berlin vor. Im Norden trafen die reaktionären faschistischen Gruppen ebenfalls Vorbereitungen für einen Putsch, der am 1. Oktober 1923 in Küstrin einen vorzeitigen Ausbruch fand und unterdrückt wurde. Die KPD, die schon am 28. Juli 1923 einen antifaschistischen Kampftag im ganzen Reiche durchgeführt hatte, berief zum 4. September 1923 einen Kongreß der Proletarischen Hundertschaften ein, die in allen Teilen Deutschlands, besonders aber in Sachsen und Thüringen, zum Kampf gegen die Konterrevolution geschaffen worden waren. Am 21. September 1923 erließ die KPD einen Aufruf zur Vorbereitung des politischen Massenstreiks für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Zugleich wurde ein Einheitsfrontangebot an die Führer der SPD, USPD und des ADGB mit dem Ziel gemacht, eine gemeinsame Aktion zur Behebung der ungeheuren Not der Arbeitermassen und zum Kampfe gegen die immer frecher zum Angriff rüstende Konterrevolution durchzuführen. Das Angebot wurde abgelehnt. Am 21. Oktober 1923 fand in Chemnitz ein von der KPD und der USPD einberufener Reichsarbeiterkongreß statt, auf dem der von den Arbeitermassen geforderte Generalstreik als einheitliche revolutionäre Aktion beschlossen werden sollte. Aber im Verlauf der Konferenz erklärten sich die linken SPD-Führer, mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner an der Spitze, auf Grund von hinterhältigen Beruhigungsmanövern der Reichsregierung — angeblich sollten Reichswehrtruppen gegen die bayrische Regierung eingesetzt werden — gegen den Generalstreik. In Wirklichkeit hatte die Reichsregierung aber bereits die militärische Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen angeordnet. Unter dem Einfluß der linken Sozialdemokraten nahm auch die Führung der Kommunisten vom Generalstreik Abstand und half mit, die Niederlage der Arbeiterklasse zu besiegen. In Erwartung des Generalstreikbeschlusses der Konferenz waren schon entsprechende Direktiven nach Hamburg gegeben worden, wo am 23. Oktober 1923 unter Führung von Ernst Thälmann ein bewaffneter Aufstand der Hamburger Arbeiterschaft ausbrach, der aber nach heldenmütigem Kampfe als isolierte Aktion zusam-

menbrach. Die Reichsregierung setzte die militärische Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen zur Vertreibung der dortigen, aus Vertretern der linken SPD und der Kommunisten bestehenden Regierungen ein. Von den Faschisten wurde am 8. und 9. November 1923 in München ein Putsch unternommen, durch den sich Hitler in den Besitz der Regierungsgewalt setzen wollte, der aber von der Landespolizei sehr schnell liquidiert wurde. Hitler und eine Anzahl führender Nazis wurden in München verhaftet und die Hitlerpartei verboten. Auch die KPD wurde am 23. November 1923 von der Reichsregierung verboten. Von vielen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern wurde genau wie von der Reaktion eine infame Hetze gegen die KPD entfaltet. In der Partei setzten sehr ernste Diskussionen darüber ein, daß die Partei nicht rechtzeitig und nicht genügend die Mobilisierung der Massen zum revolutionären Kampf betrieben habe, daß die Regierungsbeteiligung in Sachsen und Thüringen nicht zur Bewaffnung der Hundertschaften und der Entwaffnung der Konterrevolution, sondern zum parlamentarischen Kuhhandel mit der SPD geführt habe, so daß diese auf der Chemnitzer Konferenz nicht unter dem Druck der Massen stand, sondern auszuweichen vermochte. Der Ausgang der Kämpfe gab der Partei weitere sehr ernste Lehren für die Zukunft.

### 3. DIE KPD WÄHREND DER RELATIVEN STABILISIERUNG DES KAPITALISMUS

Die revolutionäre Nachkriegskrise konnte mit diesem Ausgang der Kämpfe als abgeschlossen gelten, wenn sich auch die Nachwirkung dieser Krise noch in einer großen Zahl von Streik-kämpfen der Arbeiter bemerkbar machte. Diese richteten sich gegen die Offensive der Unternehmer, die den Arbeitern mit Hilfe der der Regierung im Herbst 1923 erteilten Ermächtigungsgesetze den Achtstundentag raubte, einen rigorosen Abbau der Sozialunterstützung für Arbeitslose, Invaliden, Kriegsbeschädigte und Altersrentner vornahm und Massenentlassungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten herbeiführte. Es vollzog sich nunmehr der Übergang zu der dritten Etappe (1924 bis 1928),

der Zeit der relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus. In dieser Periode gelang es der deutschen Bourgeoisie auf Grund der Rationalisierungsmaßnahmen und mit Hilfe englischer und amerikanischer Kredite ihre Macht wieder zu befestigen. Der deutsche Imperialismus begann neue Kräfte für die Vorbereitung eines Revanchekrieges zu mobilisieren. Der deutschen Bourgeoisie wurde durch die Gewährung einer Reparationsanleihe (Dawes-Anleihe) eine Wiederankurbelung der Wirtschaft ermöglicht, die eine vorübergehende Besserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen mit sich brachte. Die Stabilisierung der Wirtschaft beruhte aber nicht auf einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auf der durch die Rationalisierung erzwungenen gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter und der Ausplünderung des Mittelstandes; sie konnte deshalb auch nicht dauernd und fest sein, sondern war nur vorübergehend, relativ und faul. Trotz allen Frohlockens über den Wirtschaftsaufstieg, mit dem die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie beruhigt wurde, trat bereits im Herbst 1925 ein ernster Rückschlag ein. Infolge von spekulativen Manövern krachten der Stinnes-Konzern und viele Banken zusammen. Es folgten weitere massenhafte Entlassungen von Arbeitern und Einführung der Kurzarbeit, also wesentliche Verschlechterungen für die Arbeiter. Erst Anfang 1926 besserte sich die Wirtschaftslage wieder und erreichte in Ein- und Ausfuhr nahezu die Vorkriegszahlen. Die im Dezember 1924 gebildete Bürgerblockregierung mit Einschluß der Deutschnationalen, die von den Sozialdemokraten toleriert wurde, suchte ihre Herrschaft durch rücksichtslose Ausnützung der ihr vom Reichstage erteilten Ermächtigungsgesetze, durch Steuererhöhungen, Abbau der Beamten und der Erwerbslosenversicherung, Erhöhung der Zölle und Finanzreform zu befestigen. Diese Maßnahmen riefen den wachsenden Widerstand der Arbeiter hervor.

Die Politik der Partei war in dieser Etappe der relativen Stabilisierung vorwiegend darauf gerichtet, die Kräfte der Arbeiterbewegung für den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung und Erweiterung der Arbeiterrechte zu mobilisieren und den Unternehmern durch die Organisation von Streiks Zugeständnisse abzupressen. Daneben aber suchte sie auch die

Kräfte für den Kampf gegen den immer mehr erstarkenden Imperialismus und gegen die immer drohender werdende Gefahr eines neuen Krieges zu stärken. Die Partei unternahm erneute Anstrengungen zur Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die immer frecher auftretenden Nazibanden. Sie schuf den Roten Frontkämpferbund und die Rote Jungfront als Schutzorganisationen der Arbeiter gegen die Faschisten, nachdem schon von der Sozialdemokratie im Februar 1924 eine ähnliche Organisation, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, geschaffen worden war, die sich aber auch gegen die revolutionäre Bewegung richtete. Trotz all ihrer Einheitsfrontbestrebungen vermochte die Partei einen ernststen Erfolg nicht zu erzielen, da von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern nicht nur die Einheitsfrontangebote abgelehnt, sondern von ihnen auch eine unausgesetzte Hetze gegen die Kommunisten betrieben wurde. Andererseits schwächte die Partei selbst ihre Bemühungen zur Schaffung einer Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, besonders auch mit den Gewerkschaftsmitgliedern, dadurch ab, daß sie oft ihre konkreten, aktuellen Kampflosungen gegen Monopolkapital und Unternehmeroffensive hinter den Forderungen nach der proletarischen Diktatur und dem Kampf für den Sozialismus zurücktreten ließ. So vermochte die Partei die sozialdemokratischen Arbeiter nicht zum Mitgehen zu veranlassen, obwohl die reaktionäre Politik der Sozialdemokratie große Möglichkeiten dazu bot. Noch ein anderer Mangel in der Arbeit der Partei trat zutage. Für die Kampflosungen wurden keine lang dauernden Kampagnen geführt, sondern eine Kampagne folgte der anderen, eine Periode jagte die andere, ohne daß ernstlich für die Durchsetzung der Forderungen gekämpft wurde. Und noch etwas anderes kam hinzu, was den wachsenden Einfluß der Partei auf die Arbeitermassen immer wieder aufhielt. Das waren die von den Massen in ihrer Bedeutung nicht erkannten inneren Parteikämpfe um die Herausbildung einer festen, zielklaren marxistisch-leninistischen Parteiführung, die zwischen Rechten, Linken und Versöhnlern ausgefochten wurden und in den ersten Jahren nach der Parteigründung einen häufigen Wechsel in der Parteiführung zur Folge hatten. Erst im Jahre 1925 wurde auf dem Berliner Partei-

tag mit der Wahl des Genossen Ernst Thälmann zum Vorsitzenden der Partei eine anhaltende Festigung der Führung und des Parteikurses herbeigeführt. Der Prozeß der revolutionären marxistisch-leninistischen Erziehung der Partei war sehr schwierig und hat von ihr viel Kraft gefordert. Ohne diese Arbeit wäre aber die Schaffung einer revolutionären Massenpartei, einer zuverlässigen Führung der Arbeiterklasse in ihren Kämpfen nicht möglich gewesen. Es liegt eine Tragik der deutschen Arbeiterklasse darin, daß sie diese zuverlässige Führung weder in der Sozialdemokratie noch in der USPD hatte und daß die KPD sich zu einer Massenpartei mit einer festen, zielklaren, revolutionären Führung erst entwickelte, als die Zeit für die großen Entscheidungen schon herangereift war.

Mit der Wahl des Genossen Thälmann zum Parteivorsitzenden machte sich ein stärkerer Einfluß auf die sozialdemokratischen Arbeitermassen bemerkbar. Dazu trug nicht wenig die erste große gemeinsame Kampagne der Kommunisten und der Sozialdemokraten bei, die für die Enteignung der deutschen Fürsten im Oktober 1926 durchgeführt wurde. Für das von beiden Arbeiterparteien eingeleitete Volksbegehren zeichneten sich 12,5 Millionen ein.

Vor der Partei standen gewaltige Aufgaben. Die sozialdemokratischen Führer, besonders in den Gewerkschaften, suchten die Arbeiter von jeder ernsthaften Massenaktion abzuhalten, sie suchten die Arbeiter vor den Wagen der Koalition mit dem Trustkapital zu spannen und redeten ihnen ein, daß die Erhaltung des Kapitalismus im Interesse der Arbeiter läge und die Sozialdemokratie deshalb die Rolle des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus spielen müsse. Eine infame Hetze gegen die Sowjetunion, gegen den Bolschewismus und gegen die Kommunisten wurde damit verbunden. Von der KPD wurde diese Beeinflussung der Arbeiter durch reaktionäre sozialdemokratische Führer in ihrer Auswirkung unterschätzt, und es wurde nicht genügend getan, um ihr durch eine reale, den Arbeitern als ihren Interessen dienende, in die Augen springende Politik entgegenzutreten. Dazu kam, daß die in die Hunderttausende gehende Zahl der sozialdemokratischen Staats- und Gemeindebeamten, der in den Gewerkschaften, Genossenschaften, im Versicherungs-

wesen, in den Krankenkassen als Beamte tätigen Sozialdemokraten, die die Spitze der von der Bourgeoisie ausgehaltenen Arbeiteraristokratie bildeten, an der Erhaltung und Verteidigung des kapitalistischen Systems materiell interessiert waren.

Die Sozialdemokratie war durch die Politik ihrer rechten Führer zur sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie und des Monopolkapitals in der Arbeiterklasse geworden. Diese Tatsache erhielt Ausdruck auch dadurch, daß die Sozialdemokratie nach den Reichstagswahlen im Mai 1928 wieder in die Regierung kam. Gemeinsam mit den Vertretern des Trustkapitals und den Sozialdemokraten Hermann Müller als Kanzler und Severing als Innenminister wurde eine Regierung der großen Koalition gebildet, die von der Reaktion zur Stärkung ihres Einflusses benutzt wurde und mit der sie auch den Weg zur faschistischen Diktatur vorbereitete.

#### 4. DIE KPD WÄHREND DER GROSSEN WIRTSCHAFTSKRISE

Mit dem Jahre 1928 schloß die dritte Etappe, die Zeit der relativen Stabilisierung, ab; es folgte die vierte Etappe (1929 bis 1933), die Zeit der großen Wirtschaftskrise, des Zusammenbruchs des bürgerlich-parlamentarischen Systems und der Vorbereitung der faschistischen Diktatur.

Schon gegen Ende 1928 traten mit dem Zusammenbruch von Konzernen und Banken die ersten Anzeichen einer beginnenden Wirtschaftskrise auf, die sich in dem wirtschaftlich besonders stark geschwächten Deutschland katastrophal auswirken mußte. Die Zahl der Erwerbslosen stieg bereits im Winter 1928/1929 auf eine Million an, zu der die große Masse der Kurzarbeiter noch hinzuzurechnen war. Wo sich die Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lage wehrten, wurden sie von den Unternehmern rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Ein krasses Beispiel dazu stellte die Aussperrung von 200 000 Metallarbeitern durch die nordwestdeutsche Metallindustrie im Oktober 1928 dar. Die Aussperrung wurde verhängt, um den Metallarbeitern schlechtere Lohnbedingungen aufzuzwingen. Die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wuchs von Woche zu Woche in erschreckendem

Maße. Allerdings bezogen die Arbeitslosen durch die von der Bürgerblockregierung beschlossene Erwerbslosenversicherung, die mit den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer finanziert wurde, wöchentliche Unterstützungen, aber nur für eine bestimmte Frist. Die Kurzarbeiter erhielten für die Lohnausfälle keinen Ersatz. Bald war der Notfonds der Erwerbslosenversicherung aufgebraucht, so daß schon Anfang 1929 Zuschüsse aus der Reichskasse notwendig wurden. Hinzu traten die Ausgaben für die durch die Krisenfürsorge zu unterstützenden ausgesteuerten Erwerbslosen. Um die Aufbringung der finanziellen Mittel zur Unterstützung der Krisenopfer entbrannte ein heißer Kampf. Die Unternehmer forderten rücksichtslose Kürzung der Unterstützungen und Zahlung nur noch an „Bedürftige“, während Saison- und Heimarbeiter überhaupt nichts mehr erhalten sollten. Weil man die Rebellion der Erwerbslosen, deren Not schon ins Unerträgliche gestiegen war, fürchtete, behalf man sich zunächst mit der Erhöhung der Beiträge von 3 auf 3½ Prozent der Löhne. Die Hermann-Müller-Regierung tat alles, um es mit den Unternehmern nicht zu verderben, und plante auch den Abbau der Unterstützungen. Aus diesem Grunde kam es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einem Konflikt. Die Gewerkschaftsführer erklärten sich unter dem Druck der Mitglieder gegen den Unterstützungsabbau. Der Konflikt führte am 27. März 1930 zum Rücktritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung. Zur Nachfolgerin ernannte Hindenburg die Brüningregierung, die „Regierung der Frontsoldaten“. Die Arbeiter, besonders die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die die größte Not litten, waren von der Regierungspolitik der verantwortlichen sozialdemokratischen Führer aufs schwerste enttäuscht, und so empfanden sie den Rücktritt aus der Regierung als Bankrott der Koalitionspolitik, als ein Ausweichen vor dem Kampf gegen das Monopolkapital. Sie sahen sich im Stich gelassen und der körperlichen Verelendung ausgeliefert. Eine starke Erregung breitete sich unter ihnen aus. Darauf war es zurückzuführen, daß die demagogische „antikapitalistische“ Agitation der Nazis und deren gleichzeitig damit verbundene Agitation gegen den Versailler Vertrag, auf den sie alle Schuld an dem Erwerbslosenelend abschoben, manch williges Ohr unter den Arbeitern fand.

Der hartnäckige Kampf der Kommunistischen Partei für die Interessen der Arbeiter richtete sich in dieser ganzen Zeit besonders gegen die Entlassungen aus den Betrieben, er zielte auf die Sicherung ausreichender Unterstützungen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hin und wandte sich gegen alle Pläne eines Abbaus oder einer Kürzung der Unterstützungen. Die KPD stellte aber dabei auch mit aller Klarheit die Frage nach den eigentlichen Ursachen dieses grauenhaften Elends der Arbeiter. Sie wies nach, daß diese Ursachen in dem kapitalistischen System begründet sind und erst mit dessen Beseitigung aufgehoben werden können. Dazu war aber die Einigung der Arbeiterklasse und ihr entschlossener Kampf gegen das Monopolkapital, gegen die Reaktion, vor allem gegen die Nazibande erforderlich, die als Feinde der Arbeiterschaft im Dienste des imperialistischen Monopolkapitals den Krieg vorbereiteten. Die Partei wies hierbei ebenfalls die große Schuld derjenigen sozialdemokratischen Führer nach, die sich als Büttel im Dienste des Kapitals an der Niederwerfung der revolutionären Arbeiter beteiligten. Tatsächlich setzten sozialdemokratische Polizeiminister und Polizeipräsidenten alles daran, sich das Vertrauen der Bourgeoisie durch rücksichtslosen Kampf gegen die Kommunisten, der schon viele Blutopfer gefordert hatte, zu erhalten. Als die KPD am 1. Mai 1929 in Berlin zur Maidemonstration aufrief, wurde diese von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel verboten, und als die Demonstration dennoch stattfand, ließ er durch Polizeitruppen in die Masse der Demonstranten feuern, so daß 33 Tote und Hunderte von Verwundeten auf der Straße blieben. Hinzu kamen die fortgesetzten Verbote von kommunistischen Zeitungen, die polizeilichen Besetzungen von Parteihäusern und -druckereien und die Auflösung von Versammlungen, begleitet von einer verwerflichen Hetze sozialdemokratischer Zeitungen gegen die Kommunisten.

Im August 1930 stellte die KPD ihre Agitation und ihre Politik auf eine breitere Basis. Nach Annahme des Youngplans im Reichstag gab sie eine Programmerkklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes heraus. In dieser Erklärung erhob die Partei schärfsten Protest gegen die neuen Zoll- und Steuergesetze, die den werktätigen Massen wei-

tere ungeheure Lasten aufbürdeten. Nach scharfer kritischer Beleuchtung der Politik der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten wurde in dem Programm aufgezeigt, was die Kommunisten tun werden, sobald die Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gebrochen und die proletarische Diktatur errichtet sein würde. Dieses Programm hat zweifellos eine große Wirkung auf die Arbeitermassen ausgeübt; aber es hatte den Mangel, daß es die aktuellen Kampffragen der Verteidigung der Demokratie und der politischen Rechte der Volksmassen, der Umgestaltung der Regierung in eine demokratische Regierung des Volkes nicht genügend in den Vordergrund rückte, um so breitere Kreise für den Kampf zu gewinnen. Außerdem wurde das Feuer des Angriffs gleichermaßen gegen die Nazis und gegen die Sozialdemokratie gerichtet, obwohl die faschistische Gefahr schon brennend und die Vorbereitung eines Krieges mit Hilfe der Nazi-Partei offensichtlich geworden waren. Das Programm enthielt also zwei sehr ernste Fehler; der eine war ein strategischer Fehler und bestand in der unmittelbaren Zielsetzung der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur, obwohl dazu die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren, während der andere Fehler taktischer Natur war, indem er eine Gleichstellung des Kampfes der KPD gegen die Sozialdemokratie und gegen die Nazis auslöste. Beide Fehler beruhten darauf, daß die akute Gefahr des Faschismus damals noch nicht erkannt und übersehen wurde, daß die entscheidenden Teile der Bourgeoisie dazu übergingen, die Nazi-Partei als Massenbasis zur Vorbereitung des Krieges einzusetzen. Die Partei hätte in dieser Zeit alles tun müssen, die werktätigen Massen, besonders aber die sozialdemokratischen Arbeiter, gegen diese Gefahr zu mobilisieren, um die einheitliche Kampffront der Kommunisten und Sozialdemokraten zu schaffen. Sie hätte sich von dieser Aufgabe auch durch die absolut reaktionäre Politik sozialdemokratischer Führer und durch deren Ablehnung aller Einheitsfrontangebote nicht ablenken lassen dürfen.

Infolge der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen ungeheuren Not der Massen hatte die Radikalisierung der Arbeitermassen bereits einen hohen Grad erreicht. Ende 1930 war die Zahl der Arbeitslosen auf 4,4 Millionen gestiegen, von denen

sehr viele schon länger als zwei Jahre erwerbslos waren. Die Bourgeoisie erkannte die Gefährdung des Weiterbestandes ihrer Macht, wenn diesem Radikalisierungsprozeß kein Einhalt geboten würde. Durch ihre Koalitionspolitik hatte sich die Sozialdemokratie in den breiten Massen bereits so stark kompromittiert, daß sie gegen die Radikalisierung der Massen und für den Schutz der Herrschaft des Kapitals kein zuverlässiges Bollwerk mehr darstellen konnte. Vor allem aber besaß die Sozialdemokratie für die Vorbereitung des Krieges und seine Durchführung nicht mehr den genügenden Einfluß auf die Massen. Darum griff die Bourgeoisie auf die Nazipartei als diejenige Kraft zurück, die geeignet war, die Massen mit einem scheinbar anti-kapitalistischen Programm zu betrügen und für die imperialistische Ideologie einzufangen, die vorhandenen Widerstände im Volke zu brechen und die Massen hemmungslos in den Dienst für die imperialistischen Kriegsziele des Monopolkapitals einzusetzen. Durch ihre verlogene Agitation hatten die Nazis bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 rund 6,4 Millionen Stimmen erzielen können; ihre Mandatszahl war auf 107 Sitze emporgeschnellt, was einem Gewinn von 95 Mandaten entsprach. Die Aufgabe der KPD hätte nun darin bestanden, ihre ganze Politik auf die Verhinderung dieses Planes des Monopolkapitals einzustellen und die Absichten der Bourgeoisie durch die Schaffung der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse zu durchkreuzen. Statt dessen ließ sich die Partei durch die Hetze sozialdemokratischer Führer gegen die Kommunisten und durch die polizeilichen Terrormaßnahmen sozialdemokratischer Polizeiminister und Polizeipräsidenten von dieser Aufgabe ablenken und dazu verleiten, den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Vordergrund zu stellen und in ihr die Hauptgefahr zu sehen, weil sie die Arbeiter vom Kampfe abhielt und die Einheitsfront verhinderte. Dieser taktische Fehler der Partei wurde durch die Beteiligung an dem von den Nazis gegen die Preußenregierung herbeigeführten Volksentscheid am 9. August 1931 noch verschlimmert. Die Parteiführung hatte zwar vor dem Volksentscheid einige bestimmte Forderungen an die Preußenregierung gestellt und erklärt, daß die Kommunistische Partei, wenn die Forderungen erfüllt würden, von der

Beteiligung am Volksentscheid Abstand nehmen wolle. Die Regierung lehnte aber die Forderungen ab, weil sie sich gegen ihre reaktionäre Politik richteten. Die Beteiligung der Kommunisten an dem Volksentscheid wurde von den sozialdemokratischen Massen als ein Zusammengehen der Kommunisten mit den Nazis aufgefaßt und erleichterte es dadurch den sozialdemokratischen Führern, die Angebote der Kommunisten zur Herstellung der Einheitsfront zurückzuweisen. Sosehr auch der Einfluß der KPD auf die Massen in dieser Zeit zunahm, so trugen doch die Fehler der Partei dazu bei, daß es ihr in jener entscheidenden Etappe nicht gelang, die einheitliche Kampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen.

Das Tempo der Entwicklung zur faschistischen Diktatur nahm im Jahre 1932 einen sehr schnellen Verlauf. Am 27. Januar sprach Hitler vor den westdeutschen Großindustriellen in Düsseldorf. Nachdem er genügend zugesichert hatte, daß er den Weisungen der imperialistischen Kapitalgewaltigen Folge leisten werde, fanden sich diese bereit, die Hitlerpartei zu finanzieren, damit die Nazis ihre Agitation des Betruges an den Massen auf die breiteste Basis stellen und den verstärkten Aufbau ihrer bewaffneten Kampftruppen gegen die Arbeiter, der SA, durchführen konnten. Die deutschnationale Regierung in Braunschweig ernannte Hitler zum Regierungsrat, der auf diesem Weg erst einmal die deutsche Staatsangehörigkeit erlangte. Bei der zweiten Reichspräsidentenwahl am 10. April entfielen auf ihn 13,4 Millionen Stimmen, während Hindenburg 19,3 Millionen Stimmen erhielt. Die Zahl der Erwerbslosen betrug nach amtlichen Mitteilungen bereits 6 Millionen; in Wirklichkeit waren es bedeutend mehr, denn viele Erwerbslose hatten sich schon nicht mehr registrieren lassen, weil sie ausgesteuert waren und aus der Erwerbslosenversicherung keine Unterstützung mehr erhielten. Ende Mai 1932 wurde die Brüningregierung gestürzt. An ihre Stelle berief Hindenburg das sogenannte Kabinett des Herrenklubs, die Papenregierung, die am 20. Juli in Preußen zum offenen Staatsstreich ausholte und die Preußenregierung einfach ihres Amtes enthob, darunter die zwei Sozialdemokraten, Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing, sowie ferner den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski.

Die KPD trat sofort an die Führung der SPD mit dem Angebot heran, eine gemeinsame Aktion gegen die Papenregierung durchzuführen, um die Maßnahmen dieser Regierung zu verhindern. Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte auch diesmal das Angebot ab, obwohl die Durchführung der vorgeschlagenen Aktion die Entwicklung noch hätte wenden können. Bei der nunmehr entstandenen Zuspitzung der Gegensätze wäre es zwar zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft und der Nazibande gekommen; in diesem bewaffneten Kampf hätten aber die vereinigten Arbeitermassen die Hitlerbande noch gründlich zerschlagen und damit den Plan des Monopolkapitals, die faschistische Diktatur zur Vorbereitung des Krieges aufzurichten, vereiteln können. So hatten die sozialdemokratischen Führer die letzte Chance der Arbeiterschaft aufgegeben, weil sie aus Angst vor einer revolutionären Entwicklung eine Massenaktion vermeiden wollten. Zur Beruhigung der sozialdemokratischen Arbeiter erklärte der sozialdemokratische Parteivorstand, er wolle auf dem Wege der Legalität bleiben und werde beim Staatsgerichtshof gegen den Staatsstreich Papens Anklage einreichen. Elf Tage nach dem Staatsstreich, am 31. Juli, fand die Neuwahl des vom Papenkabinett aufgelösten Reichstages statt. Durch ihre hemmungslos demagogische, ohne Bedenken auf das deutsche Volk losgelassene betrügerische Agitation, die vermöge der reichlichen Geldzuwendungen des Monopolkapitals bis dahin unbekannte Ausmaße annahm, gelang es den Nazis 13,8 Millionen Stimmen und 230 Mandate, also einen Zuwachs von 123 Mandaten, zu erzielen. Die SPD erhielt 8 Millionen Stimmen und 133 Mandate und büßte somit 10 Mandate ein, während für die KPD 5,3 Millionen Stimmen, gleich 89 Mandate, abgegeben wurden, was eine Zunahme von 12 Mandaten bedeutete.

Das Monopolkapital ging nun zu stärksten Vorstößen gegen die Arbeiterklasse über. Alle Lohntarife wurden aufgehoben und Lohnsenkungen bis zu 20 Prozent vorgenommen. Die Zahl der Erwerbslosen ging zurück, der Tiefpunkt der Krise war überschritten. Das Unternehmertum wollte durch seine Offensive verhindern, daß die Arbeiter ihre Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß dazu ausnutzen würden, ihre Lohn- und Arbeits-

bedingungen zu verbessern. Unterstützt wurden diese Unternehmerangriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch durch sogenannte Notverordnungen der Papenregierung. Die Kommunisten nahmen dagegen sofort einen entschlossenen Kampf auf und forderten beim Zusammentritt des Reichstages am 12. September die Aufhebung der Notverordnungen. Es kennzeichnete die äußerst zugespitzte Situation, daß der kommunistische Antrag im Reichstag gegen nur wenige Stimmen angenommen wurde, was die erneute Auflösung des Reichstages zur Folge hatte. Das Monopolkapital war nun entschlossen, die Diktatur gegen die Arbeiterschaft rücksichtslos auszunutzen. In vielen Orten kam es zu großen Streiks. Auch in Berlin brach Anfang November der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter aus. Die Führung des Streiks lag in den Händen der Kommunisten. Zur Tarnung ihrer reaktionären, arbeiterfeindlichen Politik erklärten sich die Nazis ebenfalls für den Streik, taten aber gleichzeitig alles, um Zersetzung in die Reihen der Streikenden hineinzutragen.

Bei der Neuwahl des Reichstages am 6. November erlitten die Nazis eine erhebliche Niederlage. Sie verloren über 2 Millionen Stimmen und 34 Mandate. Auch die SPD verlor abermals 700 000 Stimmen und 12 Mandate, während die KPD einen Zuwachs von 500 000 Stimmen und 11 Mandaten zu verzeichnen hatte. Sie bekam 5,9 Millionen Stimmen und 100 Mandate. Die in diesem Wahlergebnis zum Ausdruck gekommene Veränderung der Stimmung der Volksmassen war auf eine gewisse Ernüchterung über die Nazipolitik sowie auf die Empörung der Arbeiter über die Angriffe des Monopolkapitals und darauf zurückzuführen, daß sich die Volksmassen durch das Ausweichen der sozialdemokratischen Führer vor einer Auseinandersetzung mit den Arbeiterfeinden enttäuscht sahen. In der Nazipartei löste der Stimmenverlust von 2 Millionen eine ernste Führungskrise aus, die durch die schlechte Finanzlage der Partei noch gesteigert wurde. Die Kosten für die übersteigerte Wahlagitation und den aufgeblähten Parteiapparat sowie die Aufwendungen für die SA-Banden hatten die Nazis in eine große Schuldenlast gestürzt, zumal die Industriellen mit ihren Unterstützungen etwas zurückhielten, um Hitler noch gefügiger zu machen. Die Überwindung

Die KPD trat sofort an die Führung der SPD mit dem Angebot heran, eine gemeinsame Aktion gegen die Papenregierung durchzuführen, um die Maßnahmen dieser Regierung zu verhindern. Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte auch diesmal das Angebot ab, obwohl die Durchführung der vorgeschlagenen Aktion die Entwicklung noch hätte wenden können. Bei der nunmehr entstandenen Zuspitzung der Gegensätze wäre es zwar zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft und der Nazibande gekommen; in diesem bewaffneten Kampf hätten aber die vereinigten Arbeitermassen die Hitlerbände noch gründlich zerschlagen und damit den Plan des Monopolkapitals, die faschistische Diktatur zur Vorbereitung des Krieges aufzurichten, vereiteln können. So hatten die sozialdemokratischen Führer die letzte Chance der Arbeiterschaft aufgegeben, weil sie aus Angst vor einer revolutionären Entwicklung eine Massenaktion vermeiden wollten. Zur Beruhigung der sozialdemokratischen Arbeiter erklärte der sozialdemokratische Parteivorstand, er wolle auf dem Wege der Legalität bleiben und werde beim Staatsgerichtshof gegen den Staatsstreich Papens Anklage einreichen. Elf Tage nach dem Staatsstreich, am 31. Juli, fand die Neuwahl des vom Papenkabinet aufgelösten Reichstages statt. Durch ihre hemmungslos demagogische, ohne Bedenken auf das deutsche Volk losgelassene betrügerische Agitation, die vermöge der reichlichen Geldzuwendungen des Monopolkapitals bis dahin unbekannte Ausmaße annahm, gelang es den Nazis 13,8 Millionen Stimmen und 230 Mandate, also einen Zuwachs von 123 Mandaten, zu erzielen. Die SPD erhielt 8 Millionen Stimmen und 133 Mandate und büßte somit 10 Mandate ein, während für die KPD 5,3 Millionen Stimmen, gleich 89 Mandate, abgegeben wurden, was eine Zunahme von 12 Mandaten bedeutete.

Das Monopolkapital ging nun zu stärksten Vorstößen gegen die Arbeiterklasse über. Alle Lohntarife wurden aufgehoben und Lohnsenkungen bis zu 20 Prozent vorgenommen. Die Zahl der Erwerbslosen ging zurück, der Tiefpunkt der Krise war überschritten. Das Unternehmertum wollte durch seine Offensive verhindern, daß die Arbeiter ihre Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß dazu ausnutzen würden, ihre Lohn- und Arbeits-

bedingungen zu verbessern. Unterstützt wurden diese Unternehmerangriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch durch sogenannte Notverordnungen der Papenregierung. Die Kommunisten nahmen dagegen sofort einen entschlossenen Kampf auf und forderten beim Zusammentritt des Reichstages am 12. September die Aufhebung der Notverordnungen. Es kennzeichnete die äußerst zugespitzte Situation, daß der kommunistische Antrag im Reichstag gegen nur wenige Stimmen angenommen wurde, was die erneute Auflösung des Reichstages zur Folge hatte. Das Monopolkapital war nun entschlossen, die Diktatur gegen die Arbeiterschaft rücksichtslos auszunutzen. In vielen Orten kam es zu großen Streiks. Auch in Berlin brach Anfang November der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter aus. Die Führung des Streiks lag in den Händen der Kommunisten. Zur Tarnung ihrer reaktionären, arbeiterteindlichen Politik erklärten sich die Nazis ebenfalls für den Streik, taten aber gleichzeitig alles, um Zersetzung in die Reihen der Streikenden hineinzutragen.

Bei der Neuwahl des Reichstages am 6. November erlitten die Nazis eine erhebliche Niederlage. Sie verloren über 2 Millionen Stimmen und 34 Mandate. Auch die SPD verlor abermals 700 000 Stimmen und 12 Mandate, während die KPD einen Zuwachs von 500 000 Stimmen und 11 Mandaten zu verzeichnen hatte. Sie bekam 5,9 Millionen Stimmen und 100 Mandate. Die in diesem Wahlergebnis zum Ausdruck gekommene Veränderung der Stimmung der Volksmassen war auf eine gewisse Ernüchterung über die Nazipolitik sowie auf die Empörung der Arbeiter über die Angriffe des Monopolkapitals und darauf zurückzuführen, daß sich die Volksmassen durch das Ausweichen der sozialdemokratischen Führer vor einer Auseinandersetzung mit den Arbeiterteindern enttäuscht sahen. In der Nazipartei löste der Stimmenverlust von 2 Millionen eine ernste Führungskrise aus, die durch die schlechte Finanzlage der Partei noch gesteigert wurde. Die Kosten für die übersteigerte Wahlagitation und den aufgeblähten Parteiapparat sowie die Aufwendungen für die SA-Banden hatten die Nazis in eine große Schuldenlast gestürzt, zumal die Industriellen mit ihren Unterstützungen etwas zurückhielten, um Hitler noch gefügiger zu machen. Die Überwindung

der damaligen Krise in der Nazipartei, in deren Verlauf sich auch ein Teil der übrigen Führer gegen den alleinigen Führungsanspruch Hitlers in der Partei wandte, wurde später in der Nazi-propaganda als ein Beweis dafür hingestellt, welche große Kraft die Partei besäße und daß sie deshalb auch die eingetretene militärische Krise im Hitlerkrieg meistern werde. Es waren aber damals nicht die Naziführer, sondern die Magnaten der Schwerindustrie, die die Hitlerpartei aus ihrer Finanzpleite retteten und Hitler verpflichteten, die neue Regierung zusammen mit den Deutschnationalen zu bilden. Mit diesen neuen umfangreichen Geldmitteln wurde die Nazipartei wieder flottgemacht, so daß sie imstande war, ihre Organisationen von Terrorbanden zur Niederknüppelung der Arbeiter in großem Ausmaße wieder auszubauen und sich auf die unmittelbare Errichtung der Hitlerdiktatur vorzubereiten. Die Kapitalgewaltigen waren jetzt entschlossen, das parlamentarische Regime in Deutschland zu zerschlagen und der Hitlerpartei die Regierungsgewalt zur Ausübung der offenen Diktatur zu übertragen. Die Einleitung hierzu war die Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933.

Damit begann die fünfte Etappe in der Entwicklung der Kommunistischen Partei.

## 5. DIE KPD WAHREND DER HITLERDIKTATUR

Als am 30. Januar 1933 bekannt wurde, daß Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden war, wandte sich die KPD erneut an die Führer der SPD und der Gewerkschaften mit dem Angebot, an die Arbeiterschaft einen gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik zu richten, um die Einsetzung der Hitlerdiktatur zu verhindern. Diese Verhinderung der Hitlerdiktatur lag damals noch durchaus im Bereich der Möglichkeiten, weil selbst bürgerliche Parteien die Übertragung der Regierungsgewalt an Hitler ablehnten. Aber auch jetzt wiesen die Führer der SPD und der Gewerkschaften das Angebot zurück. Sie erklärten, abwarten zu wollen, ob Hitler die dem Reichspräsidenten Hindenburg in die Hand beschworene Weimarer Verfassung respektieren werde

und welches Resultat die zum 5. März ausgeschriebenen Neuwahlen des Reichstages zeitigen würden. Das war natürlich noch weniger als eine faule Ausrede. In Wirklichkeit fürchteten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer eine Generalstreikaktion, die zusammen mit den Kommunisten durchzuführen gewesen wäre; sie fürchteten eine solche Aktion mehr als die Errichtung der Hitlerdiktatur, unter der sie doch irgendwie noch eine Betätigungsmöglichkeit zu behalten hofften. So boten sie sich in der Eröffnungssitzung des neugewählten Reichstages am 23. März durch den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Wels zur Mitarbeit an und erklärten zur Beruhigung der Nazis, daß sie aus der II. Internationale, der Sozialistischen Arbeiterinternationale, ausgetreten seien. Auch in der zweiten Reichstagsitzung am 17. Mai billigten sie Hitler die Absicht zu, daß er eine Friedenspolitik treibe, der sie zustimmten, obwohl sie genau wußten, daß die Friedensbeteuerungen Hitlers nur dazu dienten, die Massen über seine Kriegspolitik hinwegzutäuschen. Diese Haltung nahmen die sozialdemokratischen Führer ein, nachdem die Hitlerregierung beziehungsweise die Hitlerpartei a) am 27. Februar die ungeheuerliche Provokation der Reichstagsbrandstiftung durchgeführt, Tausende von Kommunisten und anderen Antifaschisten, auch Sozialdemokraten, verhaftet hatte und in den Gestapohöllen zu Tode prügelte; b) die 81 Mandate der KPD, die der Partei auf Grund der am 5. März erfolgten Wahlen und der trotz des größten faschistischen Wahlterrors für sie abgegebenen 4,8 Millionen Stimmen zustanden, für ungültig erklärt hatte, nachdem also schon ein offener Verfassungsbruch vorlag, und c) am 2. Mai die Gewerkschaften verbot, ihres Vermögens beraubte und ihre Gewerkschaftshäuser demolierte oder von den SA-Banden besetzen ließ. Die Quittung für diese Haltung erhielten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer damit, daß am 23. Juni auch die SPD verboten wurde und ihre Druckereien und Parteihäuser beschlagnahmt wurden.

Die KPD unterließ es trotzdem auch in dieser Zeit nicht, immer wieder mit Angeboten zur Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen an die SPD heranzutreten. So schlug die Partei der SPD und dem ADGB am 1. März vor, wegen der aus Anlaß der

Reichstagsbrandprovokation erfolgten Massenverhaftungen und Massenmorde den Generalstreik auszurufen; dasselbe geschah am 14. März anlässlich der Aberkennung der 81 kommunistischen Reichstagsmandate und der Verhaftung Thälmanns und Dimitroffs sowie am 5. Mai wegen des Verbots der Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen Führer ließen alle diese Angebote unbeantwortet. Aber die KPD fand sich damit nicht einfach ab, sondern entfaltete selbst in den Betrieben und unter den Erwerbslosen eine intensive Agitation, um die Arbeiter zur Unterstützung der Forderungen zum gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Dem Erfolg dieser Arbeit stand allerdings ein großes Hemmnis entgegen, indem nämlich die Mitglieder der KPD am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Höchstens 11 Prozent ihrer Mitglieder standen in den Betrieben, und wahrscheinlich befanden sich von den 360 000 Mitgliedern, die die Partei damals zählte, noch weniger als 11 Prozent im Produktionsprozeß. Trotz des ablehnenden Verhaltens der SPD- und ADGB-Führer gegenüber einer gemeinsamen Aktion rief die KPD die werktätigen Massen zur Kampfkaktion gegen die Hitlerdiktatur auf, wenn sie unter diesen Umständen auch von einem Aufruf zum Generalstreik Abstand nehmen mußte. Es kam hinzu, daß die Partei nur noch bis zur Reichstagswahl Anfang März einige legale Bewegungsmöglichkeiten hatte und nach der Reichstagsbrandprovokation in die tiefste Illegalität getrieben wurde. Tausende ihrer besten Funktionäre waren bereits verhaftet, unter ihnen der Parteivorsitzende Ernst Thälmann, der nun schon mehr als zehn Jahre ununterbrochene Kerkerhaft erduldet.

Aber die KPD war die einzige unter den deutschen Parteien, die nicht vor dem Naziterror kapitulierte, sondern unerschrocken den Kampf fortsetzte, die Massen durch ihre illegale Tätigkeit über die Kriegspläne der Nazis und des Monopolkapitals aufklärte und die soziale Demagogie der Nazis entlarvte. Dieser Kampf kostete sehr viele Opfer, zumal den Nazis die meisten unserer Funktionäre und ihre Wohnungen sehr wohl bekannt waren und den meisten unserer Genossen für einen illegalen Aufenthalt und für ein von ihren Familien getrenntes Leben die Mittel fehlten. Oft erhoben Sozialdemokraten und Feinde der

Arbeiterklasse in ihren eigenen Reihen den Vorwurf gegen die KPD, daß sie ihre Kader unnütz aufs Spiel setze und es besser wäre, abzuwarten, bis die Nazis sich abgewirtschaftet hätten oder von außen geschlagen werden würden. Die KPD wußte, daß diese Auffassungen falsch waren und daß ein Abwarten die Lage der Arbeiter nicht verbessern, sondern nur verschlechtern werde. Aber der nicht nachlassende faschistische Terror trug doch sehr dazu bei, daß die Parteiorganisation im Reiche bis zum Jahre 1935 erheblich geschwächt wurde. Viele Organisationsleitungen der KPD sind des öfteren, manche bis zu zehnmal, von der Gestapo liquidiert worden. Längere Zeit hindurch, bis zum Jahre 1935, war die Partei noch imstande gewesen, eine zentrale Leitung im Reiche aufrechtzuerhalten, aber dann war dies nicht mehr möglich. Die Lage der Partei war äußerst schwierig geworden. Eine große Hilfe für die Partei und eine Aufmunterung ihrer Kämpfer hatte das Auftreten des Genossen Georgi Dimitroff in dem großen, drei Monate dauernden Leipziger Reichstagsbrandprozeß (vom 21. September bis 23. Dezember 1933) bedeutet, in dem Dimitroff in so kühner bolschewistischer Weise, unter dem drohenden Henkerbeil der Faschisten, die Sache der KPD zu der seinigen gemacht hatte und in dem er die Faschisten vor der ganzen Welt brandmarkte und so eine große Bewegung der internationalen Solidarität auslöste.

Infolge des ständig mehr ausgebauten Gestapoapparates und des umfassenden Spitzelsystems in den Betrieben und Wohnbezirken mußte die KPD dazu übergehen, ihre Organisation im Reiche insofern umzustellen, als ihre Leitungen nicht mehr aus illegal lebenden, sondern aus in den Betrieben berufstätigen Genossen zusammengesetzt wurden. Außerdem wurden mit den Genossen im Reiche vom Ausland her Verbindungen aufrechterhalten, um sie mit Agitationsmaterial zu versorgen. Die Opferliste der Partei, die Tausende unserer besten Genossen umfaßt, ist ein Beweis für den heroischen Kampf, den die KPD von Anfang an mit unerschrockenem Mute gegen den Faschismus geführt hat.

Wenn die Partei keine breiteren Kampffaktionen der werktätigen Massen auszulösen vermochte, so liegt die Ursache hierfür zu einem großen Teil darin, daß es ihr nicht gelang, zu ver-

hindern, daß sich die Arbeiter von der Nazibande betrügen und für deren Politik einfangen ließen, ja daß es sogar Arbeiter gab, die eine Reihe von Nazimaßnahmen als nützlich ansahen. Dazu gehörte zum Beispiel die Liquidierung der Arbeitslosigkeit durch die verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die aber hauptsächlich der Vorbereitung des Krieges dienten. Das wurde jedoch von den Arbeitern nicht erkannt, und den aufklärenden Hinweisen der Partei schenkten sie keinen Glauben. Tatsächlich hatte sich auch die wirtschaftliche Lage der breiten Arbeitermassen gegenüber der Notlage während der Wirtschaftskrise etwas verbessert. Durch ihre raffinierte demagogische Agitation gegen den Versailler Vertrag, für die Forderungen der gleichen Anrechte Deutschlands auf Kolonialbesitz, durch die „Theorie des mangelnden Lebensraumes“ und durch die Herrenrasse-Ideologie gelang es den Nazis immer mehr, die Köpfe der Arbeiter mit dem Gift des Imperialismus zu verwirren und ihre Abneigung gegen den Krieg zu schwächen. Die KPD tat alles, um der verlogenen Agitation der Nazis entgegenzuwirken, aber die erschwerende Illegalität hinderte sie, ihre Arbeit in genügendem Umfange und mit entsprechendem Nachdruck durchzuführen. Eine große Stärkung wurde der Arbeit der Partei durch den im August 1935 stattgefundenen VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zuteil, auf dem der Genosse Georgi Dimitroff der Partei durch seine wegweisende Rede half, einen Ausweg in der Politik der Einheits- und Volksfront zum Kampf gegen den Hitlerismus und seine Kriegsvorbereitungen zu finden und diese Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen zu organisieren. Die KPD zog daraus auf ihrer im Oktober 1935 folgenden Parteikonferenz (Brüssel) die Lehren für ihre weitere Arbeit, wobei sie eine scharfe Selbstkritik ihrer Fehler und Schwächen übte, um daraus die Kräfte für die Umstellung ihrer ganzen Politik zu gewinnen und in Gang zu setzen.

Angeregt durch die Volksfrontpolitik der französischen Genossen, ging die Partei dazu über, mit den in der Emigration lebenden sozialdemokratischen Führern über Abkommen zur gemeinsamen Unterstützung des Kampfes im Reiche, zum Zusammenschluß der Kommunisten und der Sozialdemokraten in Deutschland und zur Schaffung eines Volksfrontkomitees außer-

halb des Reiches, auch unter Einschluß anderer fortschrittlicher antifaschistischer Persönlichkeiten, zu verhandeln. Solche Verhandlungen wurden im November 1935 in Prag mit dem sich dort aufhaltenden Teil des Parteivorstandes der SPD geführt. Sie brachten aber keinen Erfolg, weil die Mitglieder des Parteivorstandes der SPD ablehnten, Direktiven an die sozialdemokratischen Parteimitglieder im Reiche zu geben. In Paris waren im September 1935 zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Emigration ebenfalls Verhandlungen über die Schaffung eines Volksfrontausschusses und über ein dazugehöriges Volksfrontprogramm aufgenommen worden, die sich aber ohne nennenswerte Resultate bis zum Jahre 1938 hinzogen. Immerhin führten diese Verhandlungen und die Beschäftigung mit diesen Fragen eine wichtige und nachhaltige Umstellung der Parteipolitik herbei. Die Umstellung bewirkte, daß die Politik der Partei auf eine breitere Massenbasis gestellt und aus dem engen, oft sektiererischen Geist der reinen Parteiagitation, der Begrenzung auf die Propaganda herausgeführt und der ausgedehnte Horizont der Partei geschaffen wurde, der ihren großen Aufgaben der Zukunft entsprach.

Immer deutlicher trat der Kurs der Hitlerregierung auf den Krieg in Erscheinung. Dabei wurde den Nazis die Täuschung der Volksmassen und ihr weiteres Bestreben, diese Massen für ihre Ziele zu gewinnen, durch die Zugeständnisse, die der Hitlerregierung von den Regierungen Englands und Frankreichs gemacht wurden, als Hitler schon offen zu aggressiven Maßnahmen überging, noch erleichtert. Das war der Fall anläßlich der eigenmächtigen Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht am 16. März 1935, anläßlich der militärischen Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone am 6. März 1936; das traf zu auf die militärische Intervention der Deutschen in Spanien 1936 bis 1939 sowie auf die militärische Besetzung Österreichs am 12. März 1938 und auf die Aggression gegen die Tschechoslowakei im Mai 1938, die dann zunächst eingestellt worden war, bis am 13. September 1938 der auf Befehl Hitlers organisierte Henleinputsch im Sudetengebiet inszeniert wurde. Dann folgte am 28. September 1938 der Münchner Pakt, nach dem das Sudetengebiet abgetrennt wurde, und sodann der Einmarsch in die

Tschechoslowakei am 13. März 1939. Da die englische und die französische Regierung vor den Provokationen Hitlers in jeder Hinsicht zurückwichen, so wurde das deutsche Volk in den Glauben versetzt, daß Hitler alles könne und alles ohne Krieg erreiche, und so wurde es auch gegen die Gefahr des Krieges abgestumpft.

Die KPD tat alles, um den Volksmassen die große Gefahr des Krieges aufzuzeigen. Das geschah besonders durch eine umfassende Resolution, die auf einer Ende Januar 1939 stattgefundenen Parteikonferenz (Bern) beschlossen wurde und in der die drohende Kriegsgefahr und die sich aus dem Krieg ergebende Wirtschaftskatastrophe dargelegt und die Massen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens aufgerufen wurden. Als den Weg dazu bezeichnete die Resolution die Schaffung der Volksfront gegen die Hitlerdiktatur, die Aufrichtung einer neuen, demokratischen Republik, wobei die führende Rolle der Arbeiterklasse sowie die Notwendigkeit der Schaffung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse hervorgekehrt und insbesondere die Rolle der KPD und die Verantwortung ihrer Kader für die Erfüllung dieser Aufgaben dargelegt wurden. Die Richtigkeit dieses Dokuments ist durch den weiteren Verlauf der Entwicklung, den Krieg der Hitlerbande und durch die herannahende Katastrophe Deutschlands vollauf bestätigt worden.

*Nach Aufzeichnungen.*

## Grundfehler von 1918, die nicht wiederholt werden dürfen

Die durch den Ablauf des gegenwärtigen Krieges für Deutschland geschaffene Lage unterscheidet sich in vielem grundlegend von der Lage am Ende des ersten Weltkrieges, so daß geschichtliche Vergleiche nur mit großem Vorbehalt gezogen werden können. Trotzdem muß das deutsche Volk in einigen der für seine Zukunft entscheidendsten Fragen sehr ernste Lehren aus dem ersten Weltkriege und seinem Ausgang ziehen.

Je mehr die politische und militärische Lage und vor allem auch die Stimmung des deutschen Volkes der von 1918 nahekommst, um so häufiger und erregter erklären Hitler und Goebbels: Nie mehr 1918! Die Naziführer schufen über 1918 eine ganze Legende, mit der sie heute das deutsche Volk in die Katastrophe hineinzutreiben versuchen. 1918, so erklären sie, heißt fünf Minuten vor zwölf den Kampf einstellen, heißt vorzeitige Beendigung des Krieges, heißt Dolchstoß durch die Erhebung des deutschen Volkes, das auf die „gleisnerischen Versprechungen der Feinde hereinfiel“ und seiner „unbesiegten“ und „unbesiegbaren“ Armee in den Rücken fiel und ihr den weiteren Kampf unmöglich machte. Hier ist jedes Wort eine Lüge. Der Krieg wurde 1918 bis zum militärischen Zusammenbruch, bis zum Ausbluten und zur völligen Erschöpfung von Front und Heimat geführt. Ludendorff hat das in seinen Kriegserinnerungen offen zugegeben, indem er die militärische Lage im August 1918, also schon vor dem Zusammenbruch der Balkanfront, mit folgenden Worten kennzeichnet:

„Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest. Das Kriegführen nahm damit, wie ich mich damals ausdrückte, den Charakter eines unverantwortlichen Hasardspielens an. Der Krieg war zu beenden.“

Die Kapitulation erfolgte also nicht auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte, sondern auf der Grundlage von Waffenstillstands-

bedingungen, die im wesentlichen bereits die Bestimmungen des Versailler Vertrages enthielten. Die Kapitulation erfolgte nicht auf Forderung des Volkes, sondern auf die wiederholte ultimative Forderung von Hindenburg und Ludendorff, die in ihrem Appell an die Regierung erklärten, „daß die Armee keine 48 Stunden mehr warten könne“.

Nicht die Erhebung des deutschen Volkes hat dem Kriege ein Ende bereitet, was sich aber als ein großes Unglück für Deutschland erwies. Eine Beendigung des Krieges durch eine Volkserhebung hätte einen ganz anderen Ausgang des Krieges herbeigeführt. Nehmen wir dafür als Beweis die Ereignisse im Jahre 1917. In Rußland stürzte das Volk durch seine Erhebung die Kriegspartei und beendete damit den Krieg. Wäre das deutsche Volk der Aufforderung des russischen Volkes nachgekommen, das ihm zurief: „Weigert euch, als Mittel der Eroberung und der Gewalt zu dienen — und mit vereinten Kräften werden wir dem blutigen Gemetzel ein Ende setzen“, so hätte schon in diesem Jahre der Krieg sein Ende finden können, da ein leidenschaftlicher Friedenswille auch alle anderen Völker erfaßte.

Ein Sturz der Kriegsverlängerer durch das deutsche Volk hätte aber nicht nur den bereits verlorenen Krieg früher beendet und Millionen Menschen das Leben gerettet, sondern auch dem deutschen Volke die Achtung und Freundschaft der nach Frieden dürstenden Völker gebracht. Versailles hätte dadurch verhindert werden können. Wenn im Januar 1918 über eine Million deutscher Arbeiter aus Protest gegen die in Brest-Litowsk dem russischen Volke von der deutschen Regierung auferlegten Bedingungen eines Gewaltfriedens und gegen die Fortführung des Krieges in den Streik traten, so waren diese Arbeiter keine Vaterlandsverräter, sondern wahre Patrioten. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß unter der niederträchtigen Hetze der reaktionären Kriegsinteressenten der große nationale Charakter dieser Tat von vielen Menschen im deutschen Volke nicht verstanden wurde.

*Es ist also als Lehre festzustellen, daß die Volkserhebung 1918 zu spät kam, um entscheidend den Ablauf des Krieges und damit auch die Bedingungen des Friedens zugunsten des deutschen*

*Volkes beeinflussen zu können. Darin liegt der erste verhängnisvolle Grundfehler von 1918, den das deutsche Volk nicht wiederholen darf.*

Im November 1918 wurden die alten, unmittelbar für den Krieg verantwortlichen reaktionären Kräfte aus der Regierung verjagt. Millionen Menschen im deutschen Volke erkannten, wie schamlos sie 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahre lang über die wahren Ziele des Krieges und die Lage an der Front betrogen worden waren. Voll tiefsten Hasses wurden die Namen der großen Kriegsinteressenten und Kriegsgewinnler im Volke genannt. So der Name von Krupp, der sein Vermögen während des Krieges verfünffacht, der Name von Stinnes, der sein Vermögen verzehnfacht hatte. So die Namen der Kirdorf, Röchling, Flick, Vögler. So die Herren von der Deutschen Bank und des Mannesmannkonzerns, die mit ihren Bagdadbahn- und Marokkointeressen zu den Hauptinitiatoren des Krieges gehörten. So auch die Namen der alldeutschen Eroberungspolitiker, der Claß, Hugenberg, Reismann-Krone (des Schwiegervaters von Hitlers Pressechef Dietrich) und der anderen, die sich überschrien in provokatorischen Phrasen: „Viel Feind', viel Ehr'“, „Die Weltmacht der Zukunft muß dem deutschen Volke zufallen“, „Der Blick schweift vom Nordkap bis zum Indischen Ozean“, „Calais ist viel, Suez ist mehr“ und damit die Welt gegen Deutschland aufbrachten.

Die große Empörung des erwachenden deutschen Volkes veranlaßte die Reaktion, sich zu maskieren und zeitweise in den Hintergrund zu treten. Aber das war auch alles. Die reaktionären kriegslüsternen Großverdiener hielten weiter die entscheidenden Stellen in Staat und Wirtschaft fest in ihrer Hand. Ihre Vermögen, ihre Kriegsgewinne blieben unangetastet. Mehr noch, sie waren die Nutznießer der von ihnen herbeigeführten Inflation und, so unglaublich das klingen mag, sie verdienten sogar Milliarden von Mark an den Reparationslieferungen. In aller Stille, aber auch mit aller Gründlichkeit, bereiteten sie einen zweiten Versuch zur Verwirklichung ihrer nicht aufgegebenen Weltherrschaftspläne vor. In der nationalen und sozialen Demagogie des Hitlerismus und in seinem Rassenwahnsinn fanden die Kriegstreiber die geeignete Lehre zum Betrüge und zur

Irreführung des deutschen Volkes auf den Weg eines neuen imperialistischen Abenteurers. Sie fanden dazu in den Nazi-führern, dieser Bande von gewissenlosen und machtgierigen Abenteurern, die geeigneten Kräfte zur brutalen Knebelung des eigenen Volkes und zu den unmenschlichsten Grausamkeiten gegenüber den anderen Völkern. Gerade darin liegt der tiefe Grund der Aufrichtung des barbarischen Naziregimes.

Nach 1933 traten auch die alten Kriegstreiber und Eroberungspolitiker wieder in den Vordergrund. Die allgewaltigen Herren von Kohle und Stahl, die Krupp, Roehling, Flick, Vögler, die Herren der deutschen Großbanken und des Chemietrusts wurden staatliche „Wirtschaftsführer“. Der ehemalige Präsident des berühmten Bagdadbahn-Unternehmens, der Bankier Georg von Stauß, wurde stellvertretender Präsident in Hitlers sogenanntem Reichstag. Der Vertreter des für das Marokkoabenteuer verantwortlichen Mannesmann-Konzerns, Zangen, wurde Vorsitzender der Reichsgruppe Industrie. Der Vorsitzende des früheren Alldeutschen Verbandes, der Justizrat Claß, wurde von Hitler mit besonderen Ehren in den Reichstag berufen als Anerkennung für das „Gedankengut“, das Hitler von ihm für seine in „Mein Kampf“ entwickelte Raubpolitik im Osten entlehnt hatte.

Es ist gerade das besondere Kennzeichen des Hitlerstaates, daß noch niemals eine kleine Clique der reaktionärsten und kriegslüsternten Großverdiener so unbeschränkt herrschte, wie das seit 1933 der Fall ist. Nicht der Staat — wie Hitler sagt — beherrscht die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft, das heißt die Monopolherren, beherrschen den Staat und nutzen rücksichtslos die Staatsmacht zur Knechtung und Ausplünderung der Volksmassen aus.

Eine gerade Linie führt von 1918 bis zu dem gegenwärtigen Hitlerkriege.

*Es ist also als weitere Lehre festzuhalten, daß das deutsche Volk schwer dafür zu zahlen hat, daß es 1918 nicht schonungslos mit den kriegsschuldigen Großverdienern und reaktionären Kriegstreibern abrechnete und nicht entschlossen ihre Machtpositionen zerschlug. Darin liegt der zweite verhängnisvolle Grundfehler von 1918, den das deutsche Volk nicht wiederholen darf.*

Daß in Deutschland diese Bande volksfeindlicher Naziführer an die Macht kommen konnte, zeigt die ganze Schwäche der Weimarer Republik, die ihr vom Tage der Geburt an anhaftete. Die Demokratie wurde nicht in den Millionenmassen des Volkes verankert. Im Gegenteil, die ersten Ansätze dazu wurden schon nach kurzer Zeit wieder liquidiert. Das war keine kämpferische Demokratie, in der der an der Spitze der Verfassung stehende Grundsatz „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ verwirklicht wurde. Dazu kam, daß der gesamte Staatsapparat nicht von den volksfeindlichen Gegnern der Demokratie gesäubert wurde. Es wurde der Reaktion ermöglicht, ihre Kräfte zu sammeln und ungestraft und unbehelligt ihre Anschläge gegen die Demokratie und gegen ihre Verfechter zu organisieren. In aller Legalität, ja sogar unter dem Schutze des immer mehr von ihr durchsetzten Staatsapparates wurde der Schlag gegen die in der Volkserhebung von 1918 erkämpften und in der Weimarer Verfassung niedergelegten Rechte geführt und schließlich die Weimarer Demokratie vollends erledigt. So konnte es auch geschehen, daß die reaktionären Kriegsinteressenten die Regierungsgewalt gegen den Willen des Volkes der volksfeindlichen Nazibande übertrugen, was Hitler höhnisch triumphierend mit den Worten quittierte: „Ich habe die Demokratie in der Demokratie und mit der Demokratie beseitigt.“

*Es ist also die weitere Lehre zu ziehen, daß das Volk nach seiner Erhebung den gesamten Staatsapparat von allen volksfeindlichen Elementen säubern, daß es eine starke, wirklich demokratische Staatsmacht schaffen muß, die unversöhnlich und entschlossen gegen ihre Feinde auftritt. Daß das 1918 nicht geschehen ist, war der dritte verhängnisvolle Grundfehler, der vom deutschen Volke nicht wiederholt werden darf.*

In diesen drei Grundfehlern liegen die Hauptursachen dafür, daß das deutsche Volk in diesen zweiten entsetzlichen Raubkrieg hineingetrieben werden konnte, in dem von der Hitlerclique die gesamte Volkskraft und sogar die nationale Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt wird. *Aber wie ist es zu diesen Grundfehlern gekommen?* War etwa das deutsche Volk zu schwach dazu, seinen Willen gegenüber dieser Clique kriegs-

toller Großverdiener und machtgeriger Abenteurer durchzusetzen? Keineswegs. Dieser volksfeindliche Klüngel ist ohnmächtig gegenüber der gewaltigen Kraft der Millionenmassen des werktätigen Volkes, wenn diese entschlossen für ihre Interessen eintreten, die zugleich die Interessen der ganzen Nation sind. Die Ursachen dafür, daß das deutsche Volk die Reaktion nicht zu schlagen vermochte, lagen darin, daß es sich durch die imperialistische Propaganda dieser machtgerigen Großverdiener und ihrer Ideologen betrügen und sich einreden ließ, daß die Größe Deutschlands und der Wohlstand des deutschen Volkes die Eroberung fremden „Lebensraumes“ und die Errichtung einer deutschen Vorherrschaft über andere Völker zur Voraussetzung habe. Ferner lag die Ursache darin, daß das deutsche Volk nicht einig war gegen diese Clique reaktionärer Volksfeinde, die aus Macht- und Profitger Volk und Vaterland aufs Spiel setzten. Das deutsche Volk zog zwar wiederholt geschlossen in den Kampf, aber nicht für seine eigenen Interessen, sondern immer nur als Heerhaufen der Reaktion, der raubgerigen Monopolherren gegen andere Völker. Wenn es in den großen historischen Wendepunkten darum ging, im Kampfe gegen den größten Feind der Nation, gegen die Reaktion im eigenen Lande, die wahren nationalen Interessen zu vertreten, dann war das deutsche Volk in seiner Mehrheit passiv und in Dutzende sich befeindende weltanschauliche und politische Gruppierungen gespalten. So war es 1848, 1914, 1918. So war es auch 1933, als es galt die Errichtung des Naziregimes und damit die Vorbereitung und Auslösung des zweiten Weltkrieges zu verhindern.

Ein wesentlicher Umstand, warum die nationale Einheit des Volkes nicht zustande kam, war das *Fehlen der Einheit der deutschen Arbeiterschaft gegen die Reaktion*. Die Arbeiterschaft ist ihrer Zahl, ihrer Organisiertheit, ihrer Kampferfahrung nach dazu fähig, das ganze Volk zu sammeln und dessen Kampf Stoßkraft und Entschlossenheit zu geben. Die Interessen der Arbeiter stehen in völliger Übereinstimmung mit denen der Nation. Und die Vertretung dieser Interessen verlangt den schärfsten Kampf und die Todfeindschaft gegen die Reaktion, gegen alle Anschläge auf den Frieden und die politischen und sozialen Rechte des Volkes. Das alles bestimmt die große Be-

deutung, aber auch die große Verantwortung, die die Arbeiterklasse gegenüber der ganzen Nation hat. Aber um ihre historische Aufgabe zu erfüllen, muß die Arbeiterschaft selbst einig sein in ihrem Willen und in ihrer Entschlossenheit, die Macht der Reaktion zu brechen. Das war weder 1914 noch 1918, noch 1933 der Fall.

In Deutschland sind gewissenlose, zu jedem Verbrechen bereite Abenteurer an der Macht. Es sind die Naziführer, die entschlossen sind, Volk und Vaterland aufs Spiel zu setzen, um ihr Verbrechen weiter zu treiben und sich für ihre Person noch eine Galgenfrist zu verschaffen. Heute geht es für das deutsche Volk um unendlich mehr als 1918. Die Weiterführung des Hitlerkrieges hat zur Folge die weitgehende physische Vernichtung des deutschen Volkes, die Zerstörung seiner Städte, seiner Industrie und Landwirtschaft und damit der Existenzgrundlagen des deutschen Volkes. Das ist gleichbedeutend mit der Gefährdung der nationalen Einheit und Selbständigkeit des deutschen Volkes.

Es ist nur zu verständlich, daß sich angesichts dieser drohenden Katastrophe verantwortungsbewußte Deutsche aller politischen Richtungen und Berufsstände zum gemeinsamen Kampf für die Rettung Deutschlands die Hand reichen. Viele Fragen, die 1918 und bis in die letzte Zeit hinein die Geister schieden, enge Parteiinteressen, weltanschauliche und politische Meinungsverschiedenheiten werden entweder überbrückt oder bewußt zurückgestellt im Interesse des gemeinsamen Kampfes für das große Ziel, für die Rettung Deutschlands.

Hier liegt auch die Erklärung dafür, warum die Kommunisten mit aller Leidenschaft für das Zustandekommen dieses festen Kampfbündnisses aller verantwortungsbewußten Deutschen eintreten und bereit sind, mit jedem zusammenzuarbeiten, der Volk und Vaterland vor der Vernichtung durch Hitler bewahren will.

Die Kommunisten haben unermüdlich immer wieder darauf hingewiesen, daß die Macht der reaktionärsten und kriegslüsternsten Monopolherren gebrochen werden muß, weil sonst von ihnen früher oder später ein neuer Krieg ausgelöst wird. Das hat sich bestätigt. Tausende deutscher Kommunisten wurden von den Hitlerbanditen ermordet, Zehntausende wurden in

Konzentrationslager und Zuchthäuser geworfen, weil sie dem deutschen Volke voraussagten: „Hitler, das ist der Krieg!“ Auch das hat sich bestätigt. Aber nicht um die Vergangenheit geht es. Es kommt jetzt den Kommunisten darauf an, daß alle Deutschen, die unser Vaterland vor der Katastrophe retten wollen, gemeinsam mit den Kommunisten die Lehren aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte ziehen und die so notwendige Einheit unseres Volkes gegen seine Verderber herstellen. Wenn das 1932 noch nicht gelang, als es galt den Machtantritt Hitlers zu verhindern, und auch nicht vor 1939, als es galt alle Hitlergegner in einer deutschen Volksfront zum Sturze Hitlers und damit zur Verhinderung des Krieges zu einigen, so muß heute mit um so größerer Leidenschaft dafür gekämpft werden, daß diese Einheit in letzter Stunde zustande kommt, wo es in der Tat um alles geht, um die Verhinderung der nationalen Katastrophe, um die Rettung Deutschlands. Heute müssen alle Sonderinteressen hinter dieser großen Aufgabe zurücktreten, und alles muß dem einen Grundsatz untergeordnet werden: Das Wohl des Volkes ist das oberste Gesetz.

Seit 1918 hat sich gewiß vieles geändert. Aber eine große Lehre bleibt:

*Wenn wir Deutschland retten, ihm die Zukunft sichern wollen, dann dürfen wir die verhängnisvollen Grundfehler von 1918 nicht wiederholen.*

Das deutsche Volk muß so rasch wie möglich den Krieg durch den Sturz der Kriegsverlängerer beenden. Es muß erkennen, daß der Weg der imperialistischen Eroberungen der Weg ins Unglück, der Weg in die nationale Katastrophe ist. Die Verteidigung der nationalen Interessen unseres Volkes erfordert, daß es einig und geschlossen zusammensteht im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, gegen die reaktionären kriegslüsternden Großverdiener und ihre nazistischen Henkersknechte. Die deutsche Arbeiterklasse muß durch das Voranstellen der großen nationalen Aufgaben und durch ihre Einheit, Tatkraft und Opferbereitschaft allen Schichten des Volkes ein Vorbild wahrer nationaler Pflichterfüllung im Kampfe für den Sturz der Hitlerregierung, dieser Verderber Deutschlands, sein. Die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher

müssen schonungslos zur Rechenschaft gezogen, ihre Macht muß ein für allemal gebrochen werden. Ein neuer Rechtsstaat muß an die Stelle der nazistischen Willkürherrschaft gesetzt werden. Dieser neue, demokratische Staat, der mit fester Hand die Rechte seiner Bürger wahrt und die nationalen Interessen des ganzen Volkes vertritt, wird auch die Kraft sein, die die alte Zersplitterung des Volkes überwindet und die Nation, wie nie zuvor in ihrer Geschichte, zu einer festen Einheit zusammenschweißt. Eine starke demokratische Staatsmacht wird jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas im Keime ersticken.

Das ist der sichere Weg zur raschen Beendigung des Hitlerkrieges, zur Verhinderung der nationalen Katastrophe und eines neuen, dritten Krieges.

Alle wahren deutschen Patrioten müssen ihre ganze Energie und Kraft einsetzen, damit sich die Grundfehler von 1918 nicht wiederholen und sich erfüllen wird, wozu das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in seinen 25 Artikeln zur Beendigung des Krieges aufrief und wo es im Artikel 22 heißt:

„Wenigstens das eine Gute soll der Krieg gehabt haben: Schluß mit der Vergangenheit, Schluß mit der ewig kriegslüsternen deutschen Reaktion! Nicht noch einmal soll sie das Sterben gläubiger deutscher Jugend überleben. Die rückkehrenden Soldaten und das Volk in der Heimat werden unbeugsam an die Säuberung des deutschen Hauses gehen. Für Kriegstreiber, Kriegsgewinnler und unverbesserliche Hitlerleute kein Pardon! Fort mit den Helfershelfern und Spekulanten aller Art! Daß endlich die gesunde Kraft des deutschen Volkes sich entfaltet! Wir haben es satt, um ein paar Großverdiener willen der Pechvogel unter den Völkern zu sein!“

„Freies Deutschland“, 7. Mai 1944.

## Für Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten

*Rede in der Sitzung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“  
am 15. Juni 1944*

Ich will mich an dieser Beratung, auf der schon so treffliche Reden über die Charakterisierung des verderbenbringenden Hitlerismus und über die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für seine Vernichtung und für die Rettung unseres Volkes aus der Katastrophe des Hitlerkrieges gehalten wurden, nur mit der Beantwortung einiger wichtiger Fragen über das Verhältnis von Kommunisten und Christen beteiligen, die im Laufe der Vorbereitung dieser Beratung von den Herren Geistlichen an uns Kommunisten gerichtet wurden. Wir wurden gefragt, ob wir Kommunisten eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Christen, heute im Kampf gegen das Hitlerregime und morgen beim Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands, für möglich und diese Zusammenarbeit auch von uns aus für notwendig halten. Darauf antworte ich mit aller Bestimmtheit: Wir Kommunisten halten eine solche Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Christen nicht nur für möglich, sondern auch für dringend notwendig. Hierbei verstehen wir unter dem Begriff Christen die Gesamtheit der Kirche beider Konfessionen, die Geistlichen und die Kirchengläubigen. Wir schließen dabei keineswegs aus, daß ein Kommunist der Kirche angehören, als auch der Christ Mitglied der Kommunistischen Partei sein kann.

Daß die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Christen möglich ist, ist schon erwiesen durch unser freundschaftliches gemeinsames Schaffen im Nationalkomitee und durch den gemeinsamen Kampf von Christen und Kommunisten in der deutschen Heimat auf Grund ihrer gemeinsamen Leiden infolge der gemeinsamen Verfolgung durch die Hitlerregierung. Diese Zusammenarbeit beruht auf dem gemeinsamen Willen, das Hitlerregime, diese unsittliche, barbarische, volkszerstörende Herrschaft eines Klüngels von Kriegsinteressenten, zu beseitigen. Kommunisten und Christen verfolgen das gleiche Ziel, den Raubkrieg Hitlers

zu beenden und ein demokratisches Deutschland zu schaffen, wo die demokratischen Rechte des Volkes eine Garantie für Gerechtigkeit, Gewissens- und Glaubensfreiheit und Sicherung des Friedens sein werden.

Wir wissen, daß es so manches Mißtrauen und Mißverständnis zwischen Kommunisten und Christen gibt und daß auch viele Leute ein starkes Interesse daran haben, das Mißtrauen zu schüren. Es hat sich aber erwiesen, daß die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten sehr wohl durch gemeinsame, vorurteilslose Zusammenarbeit überwunden werden können. Auch die heutige Beratung gibt dafür eine Bestätigung. Es ist nur zu natürlich, daß sich die Herren Geistlichen auch dafür interessieren, was morgen, das heißt, was nach dem Sturze Hitlers im neuen Deutschland sein wird. Daraus hat sich wohl auch die weitere Frage an uns ergeben: Können die Christen Vertrauen haben, daß die Kommunisten sich dafür einsetzen, daß die Kirche sich nach dem Sturze Hitlers im neuen Deutschland in der Erfüllung ihrer religiösen Aufgaben frei betätigen kann?

Auf diese Frage antworte ich ebenfalls mit aller Bestimmtheit: Wir Kommunisten sind dafür, daß im neuen Deutschland jede antifaschistische Kraft sich frei betätigen kann. Das gilt selbstverständlich auch für die Gläubigen der katholischen und der evangelischen Kirche, denn diese haben zum großen Teil schon unter der Hitlerherrschaft zur Opposition gehört. Wenn die Frage so verstanden werden soll, welche Garantien für diese Zusicherung gegeben sind, so ist unsere Antwort darauf: Die beste Garantie ist die aktive Teilnahme der Kirche am Volkskampf zur sofortigen Beendigung des Krieges durch den Sturz des Hitlerregimes.

Wir wissen, daß manche Geistliche der Meinung sind, daß die Verschiedenheit der christlichen Weltanschauung und der wissenschaftlichen Lehre des Kommunismus ein Zusammengehen auf längere Sicht verhindern und daß im neuen Deutschland die Kommunisten für sich besondere Rechte in Anspruch nehmen werden. Wir Kommunisten sind nicht dieser Meinung und haben solche Forderungen nicht. Die Zusammenarbeit für den Aufbau eines neuen Deutschlands setzt sich nicht zum Ziel, die eine oder andere Weltanschauung oder Lehre durchzusetzen, sondern diese Zusammenarbeit hat das Ziel, den Hitlerismus mit der Wurzel aus-

zurichten und eine solche demokratische Ordnung zu schaffen, die unserem Volke ermöglicht, menschlich zu leben. Wir Kommunisten werden im neuen Deutschland keine anderen Rechte in Anspruch nehmen, als sie jedem anderen Bürger zustehen. Selbstverständlich werden wir Kommunisten unsere wissenschaftliche Lehre propagieren, wie auch die Kirche das Recht haben wird, ihre religiösen Lehren zu verkünden.

Ich hoffe, daß ich durch meine Ausführungen die an uns Kommunisten gerichteten Fragen genügend klar und befriedigend beantwortet habe.

Und nun noch einige Worte zur Bestätigung dessen, daß sich diese unsere Stellungnahme nicht erst jetzt auf Grund der durch den verbrecherischen Hitlerkrieg heraufbeschworenen Gefahr für unser Volk und Vaterland ergibt, sondern schon vorher unsere Stellungnahme war und besonders seit der Aufrichtung der Hitlerdiktatur wiederholt kundgetan wurde, eben aus dem Bewußtsein heraus, daß von den deutschen Monopolkapitalisten und Imperialisten der Hitlerpartei die Ausübung der Staatsmacht übertragen wurde, um den Krieg vorzubereiten und herbeizuführen, unser Volk für dieses Verbrechen zu mißbrauchen und jeden Widerstand durch rücksichtslosen Terror zu brechen. Wir haben das stets vor dem deutschen Volke klar ausgesprochen und zum Kampfe dagegen aufgerufen. Wir haben uns auch wiederholt an die Kirche gewandt, mit uns gemeinsam den Kampf gegen Hitler zu führen. Ich zitiere aus einigen Aufrufen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands nur einige wenige Stellen.

Schon im Dezember 1933, als die Verfolgung der Kirche durch Hitler immer deutlicher hervortrat, riefen wir für eine aktive Unterstützung der Katholiken und der Protestanten im Kirchenkampf gegen den Faschismus auf. In unserem Aufruf hieß es:

„Wir werden jede Pfarrei in ihrem Kampfe unterstützen, wenn sie sich dagegen wehrt, daß ihr Zwangsgebete, religiöse kirchliche Handlungen von der faschistischen Diktatur aufgezwungen werden. Wir werden auf ihrer Seite stehen, wenn sie sich dagegen wehrt, daß der faschistische Staat in ihre religiösen Handlungen eingreift oder diese zwangsmäßig umzugestalten sucht.“

Als im Sommer 1936 die Vorbereitungen der Hitlerregierung

zum Kriege immer deutlicher hervortraten, rief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands im Juni 1936 zur Schaffung der Volksfront für die Erhaltung des Friedens und für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands auf. In dem Aufruf heißt es:

„Wir reichen allen Hitlergegnern die Hand zum gemeinsamen Kampfe. Die in Deutschland durch die Aufrichtung der Hitlerdiktatur geschaffene Lage macht den Zusammenschluß aller Gegner der Hitlerdiktatur in der antifaschistischen Volksfront zu einer unabweisbaren Notwendigkeit, weil keine der antifaschistischen Parteien und Gruppen mit ihrer Anhängerschaft allein vermag, die Hitlerdiktatur zu stürzen. Die zwischen diesen Parteien und Gruppen bestehenden unterschiedlichen Auffassungen in politischen und weltanschaulichen Fragen dürfen kein Hindernis für den Zusammenschluß sein. Allen ist der große Wille gemeinsam, den Frieden zu bewahren und demokratische Freiheiten und Rechte zu erkämpfen.“

Weiter hieß es in diesem Aufruf:

„Der Kampf für das demokratische Deutschland ist der gemeinsame Weg aller Werktätigen zum Sturze Hitlers. Das ist die Front, in die sich das ganze deutsche Volk einreihen kann. Das ist auch die Front der Katholiken und Protestanten. Die kirchengläubigen Volksmassen sind durch die Unterdrückung der Glaubens- und Gewissensfreiheit unter der Hitlerdiktatur in eine enge Schicksalsgemeinschaft mit den Kommunisten, Sozialdemokraten und allen anderen Werktätigen Deutschlands gekommen. Die Entwicklung dieser Schicksalsgemeinschaft zu einer Volksfront verlangt in keiner Weise von ihnen die Aufgabe ihrer religiösen Weltanschauung. In vielen Orten des Reiches kämpfen bereits kirchengläubige, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zusammen gegen die gemeinsame Verfolgung durch die Faschisten. Auch unter den kirchengläubigen Volksmassen und der Geistlichkeit greift die Erkenntnis um sich, daß nur durch die Schaffung der Volksfront der Zustand erkämpft werden kann, der auch den Katholiken und Protestanten die freie, unbehinderte Betätigung ihrer religiösen Überzeugung und ihrer Organisationen gewährleistet.“

In einer Reihe anderer Aufrufe, besonders mit der immer näher rückenden Gefahr eines Krieges auf Grund der Provokationen Hitlers, erneuerte die Kommunistische Partei ihre Angebote zum gemeinsamen Kampfe. Was aber bis zum Ausbruch des Krieges

nicht gelang, die einheitliche Kampffront aller wahren Deutschen zur Verhinderung dieses Verbrechens herbeizuführen, das steht heute als ein nahes erreichbares Ziel vor uns, diese Kampfgemeinschaft zu schaffen, um unser Volk und Vaterland vor der Vernichtung durch Hitler zu retten und ein neues, freies Deutschland aufzubauen. Die vor uns stehende Aufgabe ist gewiß gewaltig, aber wir werden und müssen unser Volk zur allgemeinen Erhebung gegen die Hitlerbarbarei führen und durch deren Vernichtung den Weg frei machen für die Schaffung eines freien, demokratischen Deutschlands, für die Sicherung des Friedens und des Wohlstandes unseres Volkes. Wir Kommunisten reichen allen, die guten Willens dazu sind, ehrlich die Hand zu diesem Kampfbunde, für die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft. Alles für unser Volk und Vaterland!

*Nach dem Protokoll.*

## Berlin von Hitler befreit!

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Landsleute!

Nun ist die Hitlerbande (am 2. Mai) auch in ihrer Hochburg von der Roten Armee geschlagen worden. Berlin ist befreit von diesem Verbrechergesinde. Und damit hat auch für die Berliner der Hitlerkrieg sein Ende gefunden. Die rasende Hitlerbestie ist am Verenden, sie erhielt in ihrer Höhle von der Roten Armee den letzten tödlichen Schlag. Aber das ist nicht nur ein militärischer Sieg, sondern auch der Sieg einer höheren Gesellschaftsordnung über die tiefste Barbarei. Es ist — entgegen der von Hitler und Goebbels so oft zum Betrug der Massen wiederholten Prophezeiung vom angeblichen Sinn der Geschichte und Willen der Vorsehung — der Sieg des menschlichen Fortschritts und der Solidarität der freiheits- und friedensliebenden Völker über die Kräfte der Finsternis, über den Rassenwahnsinn und die Völkervernichtung, die der Hitlerismus verkörpert. Welchem ehrlichem, anständigem Deutschen schließe darüber nicht das Herz höher! Aber in diese Freudenbotschaft mischt sich das bittere, quälende Bewußtsein, daß sich das deutsche Volk nicht selbst von dieser Mörderbande befreite, sondern ihr bis zuletzt folgte und sie bei ihren Kriegsverbrechen unterstützte.

Hitler hat unser Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte getrieben. Städte und Dörfer liegen in Schutt und Asche. Ausgeblutet und völlig verarmt ist unser Volk, krank an Leib und Seele, verseucht von dieser verbrecherischen Naziideologie. Hitler hat durch seine Kriegsverbrechen unserem Volk den Haß und die Verachtung der ganzen Menschheit zugezogen. Die Welt schreit auf vor Entsetzen über die unmenschlichen Grausamkeiten, die von der Nazibande in ihren Vernichtungslagern in Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau, Belsen, Auschwitz, Maidanek und in den vielen anderen an Millionen von Menschen verübt wurden. Ward je ein Volk so tief geschändet und so tief

zu Boden getreten wie das deutsche Volk durch Hitler? Er ist es, der unser Volk total versklavt und seine kräftigsten Teile ausgerottet hat. Er hat Deutschland vernichtet. Das ist das Resultat von dreizehn Jahren Hitlerdiktatur, von fast sechs Jahren Hitlerkrieg.

Aber, Landsleute, warum konnte das geschehen? Mit aller Eindringlichkeit steht diese Frage vor jedem einzelnen von euch. Mußte es so kommen, oder gab es für unser Volk eine Möglichkeit, diese Katastrophe zu verhindern? Ja, eine solche Möglichkeit gab es. Erinneret euch doch, wie ihr von verantwortungsbewußten Deutschen, die ihr Volk und Vaterland lieben, vor dieser Hitlerbande gewarnt wurdet, wie sie euch aufriefen, die kämpfende Einheitsfront für die Verhinderung der Hitlerdiktatur zu schließen.

Werktätige von Berlin! Erinneret euch der großen antifaschistischen Massenversammlung im Berliner Sportpalast am 24. Februar 1933. Es war drei Tage vor der Provokation der Reichstagsbrandstiftung durch die Hitlerregierung. In dieser Versammlung wurdet ihr vor den Naziprovokateuren gewarnt. Es wurde aufgezeigt, daß Hitler an der Macht für unser Volk Knechtschaft, Elend und Krieg bedeutet. Ihr wurdet aufgerufen zum Kampfe für den Sturz dieser Bande, weil nur dadurch unser Land und Volk vor der Katastrophe bewahrt bleiben könne. Die Versammlung kam nicht zu Ende. Sie wurde mit Polizeigewalt auseinandergetrieben. Aber alles ist so gekommen, wie es in dieser Versammlung vorausgesagt wurde. Ihr habt auf die Warnungen der Antifaschisten nicht gehört, seid ihren Aufrufen nicht gefolgt, ihr liebet euch blenden von den scheinbaren Erfolgen der Hitlermacht und naht in euch das Nazigift der imperialistischen Raubideologie auf. Ihr wurdet zu Werkzeugen des Hitlerkrieges und habt damit eine große Mitschuld und Verantwortung auf euch geladen. Jetzt werdet ihr diese Schuld gegenüber den anderen Völkern abtragen und den deutschen Namen wieder reinwaschen müssen von seiner Beschmutzung durch die Hitlerschande.

Berlin ist frei von der Nazibande, sie wird und muß restlos vernichtet werden. Aber unser deutsches Volk wird weiterleben. Es gilt jetzt eine gründliche Reinigung vorzunehmen. Mit sei-

ner schmähhlichen Vergangenheit muß Schluß gemacht werden. Es geht um eine Neugeburt unseres Volkes, um ein Neubeginnen in seinem ganzen Denken und Handeln. Neue Menschen, ein neues Deutschland müssen entstehen, um in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern zu leben und im deutschen Volke selbst Garantien gegen eine Wiederholung der Aggression von deutscher Seite zu schaffen.

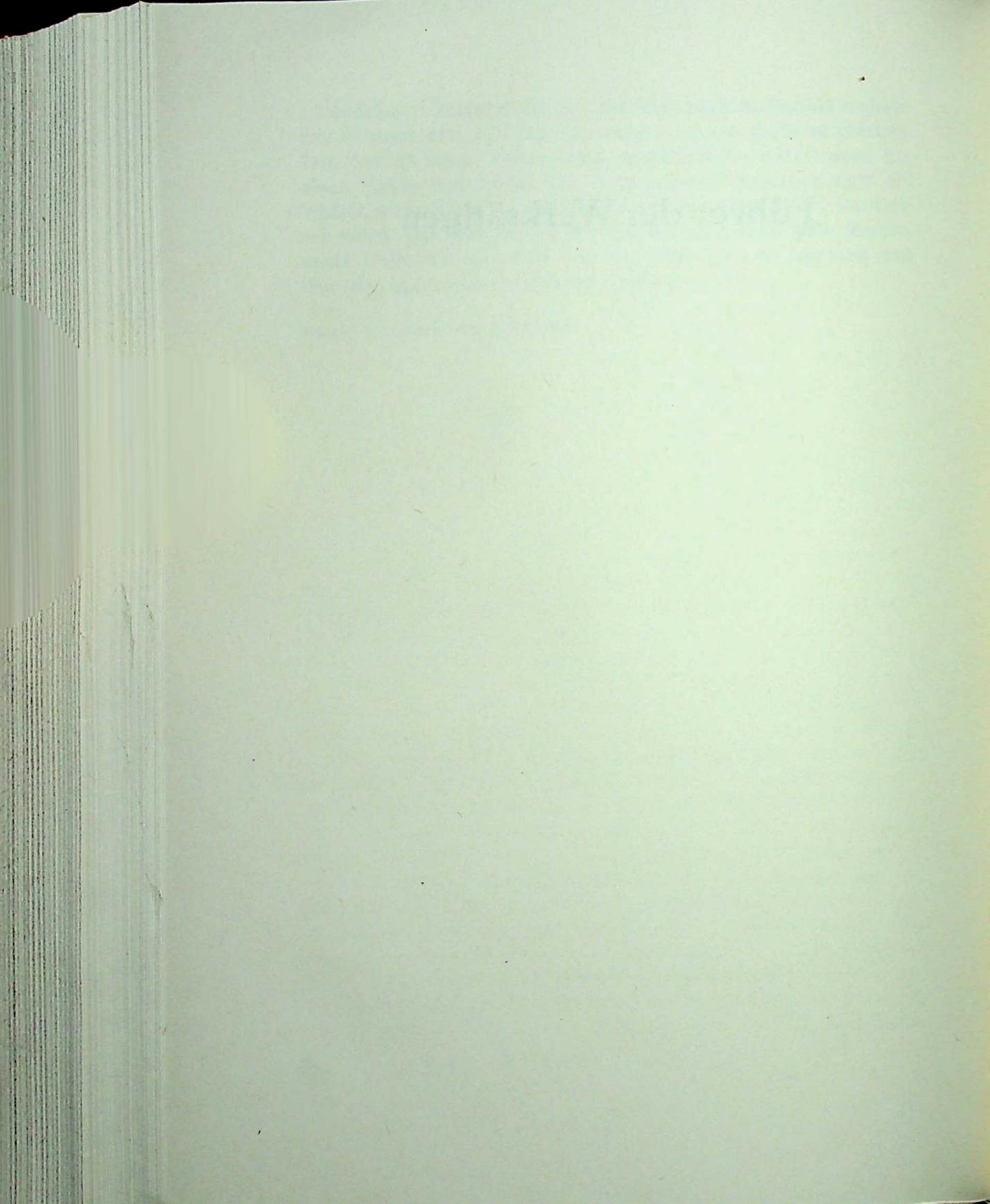
Eine schwere Zeit steht vor unserem Volke, die Zeit einer ernstesten Prüfung. Unser Volk muß den Beweis erbringen, daß es dieser Wandlung fähig ist. Unter der militärischen Besetzung des Landes wird es den Schaden ersetzen müssen, der durch den Hitlerkrieg und die Hitlerbarbarei den anderen Völkern, besonders dem großen Sowjetvolke, zugefügt wurde. Unser Volk wird diese Pflicht erfüllen in der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit, weil es nur so den Weg zu seinem eigenen Wiederaufstieg findet. In gewissenhafter Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen muß unser Volk ein ehrliches, aufrichtiges Verhältnis zu den Besatzungsbehörden schaffen. Es gilt die Nazi-verbrecher in allen ihren Schlupfwinkeln aufzustöbern und unschädlich zu machen. Allen ihren Provokationen, die sie durch ihre illegalen Werwolfbanden versuchen werden, ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, weil sie damit die Lage unseres Volkes nur verschlechtern. Nur durch eine gründliche Säuberung von diesen Elementen kann unser Volk die Voraussetzung für seinen Wiederaufstieg schaffen.

Die Hitlerbande hat unserem Volke ein ungeheures Maß von Not und Schande hinterlassen: Hunger und Krankheiten, Zerstörung der Erwerbsgrundlagen und völlige Aussaugung des ganzen Landes. Mühselig wird unser Volk sich aus diesem Zusammenbruch herausarbeiten müssen. Es ist die Pflicht aller Hitlergegner, aller ehrlichen und anständigen Deutschen, unserem Volke zu helfen, aus dieser fürchterlichen Notlage herauszukommen, sich aus dem faulenden Morast der Naziideologie herauszuwinden und wieder zu selbständig denkenden Menschen mit ehrlicher, anständiger Gesinnung und demokratischem Bewußtsein zu werden. Jeder muß dieses ehrlichen Willens sein. Vor dieser großen Aufgabe müssen alle Sonderinteressen zurücktreten.

Landsleute! Soldaten! Es gilt mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln, dem Hitlerkrieg schnellstens ein Ende zu machen. Jede Stunde seiner Fortsetzung vergrößert die Katastrophe unseres Volkes und erhöht den Preis seiner Niederlage. Legt die Waffen nieder! Stellt sofort die Kriegshandlungen ein! Vernichtet jeden, der euch daran zu hindern sucht! Es geht darum, unser Volk und die Welt von der Hitlerpest zu befreien und den lang ersehnten Frieden zu schaffen.

*Rundfunkansprache vom 4. Mai 1945.*

# Führer der Werktätigen



## Der 15. Januar 1919

### *Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*

Am Abend des 15. Januar 1919 wurden in Berlin zwei der besten Führer des revolutionären Proletariats, Genossin *Rosa Luxemburg* und Genosse *Karl Liebknecht*, von Offizieren der Gardekavallerieschützendivision auf bestialische Weise meuchlings ermordet. Zwar wurde zunächst versucht, den Meuchelmord als eine Art Lynchjustiz hinzustellen, die von Arbeitern an den beiden Führern der revolutionären Bewegung verübt worden sei. Aber die Vorgänge, die zu der Ermordung geführt hatten, waren doch zu offenkundig, als daß mit diesem Schwindel die Spuren der Mörder und ihrer Mitschuldigen verwischt werden konnten.

Die sozialdemokratischen Führer, die *Ebert*, *Scheidemann*, *Wels* und Konsorten, waren zunächst erschreckt über die Ermordung der beiden kommunistischen Führer und fürchteten, daß die Arbeiterschaft in ihrer Empörung über die Mordtat zu einer gründlichen Abrechnung mit der Mordbande und ihren Hintermännern schreiten würde. Sie suchten deshalb die Empörung zu dämpfen, indem sie den Arbeitern einzureden versuchten, daß die Ermordeten selbst die Schuld an ihrer Ermordung trügen, weil sie durch ihre energische Propaganda für die proletarische Revolution fortgesetzt Unruhe unter die Massen getragen und damit die Soldaten zu der Mordtat veranlaßt hätten. Damit suchten die sozialdemokratischen Führer zugleich das Schandwerk zu maskieren, das sie gerade in diesen Tagen mit ihrer Hetze gegen die beiden kommunistischen Führer getrieben hatten und das sie zu den wahren Schuldigen an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht macht.

Die *Ebert*, *Scheidemann*, *Wels* und Konsorten waren es, die vom ersten Tage der Regierung des sozialdemokratischen Rates der Volksbeauftragten durch ihre Presse, durch Flugblätter und durch Versammlungen die Soldaten und die Arbeiter gegen

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufhetzten. Jene sozialdemokratischen Führer waren es, die nach ihrem eigenen Eingeständnis große Geldsummen von der Bourgeoisie empfangen, um sich ihre Hetze gegen die kommunistischen Führer bezahlen zu lassen. Sie waren es, die den von der Front heimkehrenden Truppen einredeten, daß in Berlin unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wüstester Terror, Plünderung und Räuberei herrsche und daß es die Aufgabe der Soldaten sei, in Berlin Ordnung zu schaffen.

Der sozialdemokratische Rat der Volksbeauftragten duldete es, daß in den Straßen Berlins durch schreiende Plakate offen zum Mord an den beiden kommunistischen Führern aufgefordert wurde. Er übertrug Noske, der sich selbst als „Bluthund“ bezeichnete, die Organisation der Mordbanden; er brachte im Eden-Hotel des Berliner Westens das Hauptquartier der Gardekavallerieschützendivision unter, um die blutige Niederschlagung der revolutionären Arbeiter Berlins durchzuführen.

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, veröffentlichte nach der Niederschlagung des Spartakusaufstandes, zwei Tage vor der Ermordung der beiden kommunistischen Führer, ein Gedicht von einem *Arthur Zickler*, in dem es heißt:

„Vielhundert Tote in einer Reih',  
Proletarier!  
Karl, Rosa, Radek und Kumpanei,  
's ist keiner dabei,  
Proletarier!“

Deutlicher konnte die Aufforderung zum Mord nicht gemacht werden. Zwei Tage darauf war er getan.

Infolge dieser Hetze gegen die beiden kommunistischen Führer, wobei unter den Soldaten sogar das Gerücht verbreitet wurde, daß die Regierung den Mördern einen hohen Preis zahlen würde, konnte es nicht ausbleiben, daß ein Heer von Mordbanditen hinter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht her war und wiederholt Mordanschläge versucht wurden. Beide waren sich der ihnen drohenden Gefahr durchaus bewußt, aber sie standen so inmitten des Kampfes, den die Arbeiterschaft damals um die Erhaltung der wenigen Errungenschaften des Novemberumsturzes führte, daß sie unter keinen Umständen

bereit waren, dem Drängen ihrer Mitarbeiter nachzugeben, sich wenigstens in den Tagen nach der Niederschlagung des Januar-aufstandes und einer gesteigerten Mordhetze auch nur so weit zurückzuziehen, um nicht für jeden Mordbuben erreichbar zu sein.

Als der bewaffnete Ansturm der Weißgardisten auf das Berliner Proletariat am 11. Januar einsetzte und *Leo Jogiches* bereits verhaftet war, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den übrigen Mitgliedern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei genötigt, nicht mehr die Redaktionsräume der „Roten Fahne“ zu betreten. In Privatwohnungen wurden die gemeinsamen Besprechungen abgehalten und die Redaktionsarbeiten verrichtet. Aber die Zusammenkünfte einer Anzahl von Genossen in diesen Arbeiterwohnungen fielen natürlich sofort auf, so daß sie nach ein bis zwei Tagen wieder verlegt werden mußten. Und als dann nach dem Siege der Weißgardisten über die Berliner Arbeiterschaft Mord und Verrat durch die Straßen von Berlin rasten und die Durchsuchung der Häuser nach Waffen einsetzte, entschloß man sich, die beiden Genossen zu einer befreundeten Familie im Berliner Westen zu bringen, weil angenommen werden konnte, daß in diesem Bourgeoisieviertel die Hausdurchsuchungen zunächst nicht vorgenommen werden würden. Schon die Übersiedlung am Abend des 14. Januar war für die beiden Genossen mit großer Lebensgefahr verbunden, weil von den siegestollen Weißgardisten alle Fuhrwerke auf den Straßen angehalten und nach Waffen durchsucht wurden. Aus diesem Grunde war es auch nicht mehr möglich, die beiden Genossen nach außerhalb von Berlin zu bringen.

Durch einen noch nicht aufgeklärten Verrat war aber den Weißgardisten bereits am nächsten Tage der neue Aufenthalt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekanntgeworden. Als der Verfasser dieses Artikels am Abend des 15. Januar gegen 9 Uhr die beiden Genossen in ihrer Wohnung aufsuchen wollte, um ihnen fremde Ausweispapiere für den Fall einer Hauskontrolle zu überbringen, war die Wohnung militärisch besetzt und Karl Liebknecht schon verhaftet und abtransportiert. Rosa Luxemburg befand sich noch in der Wohnung und wurde von mehreren Soldaten bewacht. Auch ich wurde beim Betreten

der Wohnung von den Soldaten festgenommen und körperlich durchsucht. Nach kurzer Zeit kamen eine Anzahl Soldaten unter Führung von zwei Zivilisten, die der Wilmersdorfer Einwohnerwehr angehörten, einem Ingenieur Lindner und einem Gastwirt Mehring, um die Wohnung zu durchsuchen. Sie zwangen Rosa Luxemburg, die wegen heftiger Kopfschmerzen im Bett lag, aufzustehen und sich anzukleiden, und nach kurzer Zeit wurden sie und ich auf die Straße geführt und genötigt, ein Auto zu besteigen, das nach kurzer Fahrt vor dem Eden-Hotel, einem der größten Berliner Hotels in der jetzigen Budapester Straße, hielt. Unsere Ankunft war wahrscheinlich schon gemeldet worden, denn es befanden sich vor dem Eingang eine Anzahl Offiziere und Soldaten, die uns mit großem Gejohle und Geschimpfe empfingen und die sich besonders gegenüber Rosa Luxemburg in der gemeinsten Weise benahmen. Sie wurde sofort in die erste Etage des Hotels gebracht, wo ein Hauptmann Pabst als sogenannter Gerichtsherr sie einer Vernehmung unterzog. Ich wurde unten im Vestibül festgehalten und hörte, daß Karl Liebknecht sich ebenfalls im Hause befand. Die Offiziere unterhielten sich offen miteinander und mit den Soldaten darüber, daß keiner von uns mehr lebendig das Hotel verlassen dürfe. Nach kurzer Zeit wurde ich ebenfalls in die erste Etage gebracht und genötigt, mich in einen Winkel des Korridors mit dem Gesicht nach der Wand aufzustellen, wobei ich von zwei bewaffneten Soldaten bewacht wurde. Ich hörte, wie Karl Liebknecht die Treppe hinuntergeführt und von den im Treppenhaus versammelten männlichen und weiblichen bourgeoisen Gästen dieses feudalen Hotels beschimpft und angespuckt wurde. Nach ganz kurzer Zeit vollzog sich das gleiche bei dem Abtransport von Rosa Luxemburg. Aus dem Vestibül des Hotels hörte ich einen großen Tumult und den Aufschrei einer weiblichen Stimme. Ein Dienstmädchen des Hotels kam in die erste Etage gestürzt und rief einer ihrer Kolleginnen ganz verstört zu: „Nein, ich werde den Anblick nicht wieder los, wie man die arme Frau niedergeschlagen und umhergeschleift hat.“

Bald darauf wurden die Hotelgäste von den Soldaten genötigt, ihre Zimmer aufzusuchen, und es wurde sehr still im Hause. Dann wurden die beiden mich bewachenden Soldaten durch

einen einzelnen Soldaten, der von einem Offizier leise Instruktionen erhielt, abgelöst. Es war dies, wie sich später durch sein eigenes Geständnis herausstellte, der Jäger *Runge*, der bereits Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg niedergeschlagen hatte und der nunmehr den Auftrag hatte, wiederum nach seinem späteren Geständnis, mich im Korridor sofort zu erschießen. Ich hatte mich aber umgedreht, die ganze Szene beobachtet und leistete der Aufforderung, mich wieder mit dem Gesicht der Wand zuzukehren, keine Folge. Dadurch wurde der Mörder *Runge* so irritiert, daß ihm sogar das Gewehr aus der Hand fiel. Er erhielt dann von dem Offizier den Auftrag, mich aus dem Hause zu führen, wobei ich aber kurz entschlossen in das Zimmer des Hauptmanns *Pabst* ging und von diesem meine sofortige Freilassung verlangte. Es kam mir dabei zugute, daß ich einen nicht auf meinen Namen lautenden Paß führte, belastend dagegen war, daß bei mir Manuskripte für „Die Rote Fahne“ gefunden worden waren und ich deshalb als deren Redakteur bezeichnet wurde. Ich gab mich als bürgerlicher Journalist aus, und es gelang mir die Offiziere wenigstens insofern zu täuschen, daß sie zunächst Nachforschungen über meine Person anordneten und ich in Militärgewahrsam abgeführt wurde. Nach einiger Zeit und nach mehrmaligen Verlegungen meines Gefängnisses gelang es mir zu fliehen. Noch während ich im Gefängnis saß, kamen mir die Zeitungsmeldungen von dem bestialischen Meuchelmord zu Gesicht, der an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von den Weißgardisten verübt worden war.

In dem Buche von *E. I. Gumbel*, „Vier Jahre politischer Mord“ werden die Vorgänge bei der Ermordung auf Grund des Gerichtsprozesses wie folgt geschildert:

„Karl Liebknecht wurde aus dem Hotel in ein Auto geführt. Der Jäger *Runge* schlug ihm darauf zweimal von hinten auf den Kopf. Karl Liebknecht sank halb bewußtlos zusammen. Die Offiziere standen um Liebknecht herum, ohne die Schläge zu verhindern. Das Transportkommando bestand aus den Offizieren *Horst v. Pflugk-Hartung*, *Stiege*, *Liepmann*, *v. Ritgen*, *Schulze*, *Heinz v. Pflugk-Hartung* und dem Jäger *Clemens Friedrich*, alle natürlich schwer bewaffnet. Anstatt nach *Moabit* fuhr das Auto am *Neuen See* entlang in der Richtung nach der *Charlottenburger Chaussee*. An einer Stelle, wo ein völlig unbe-

leuchteter Fußweg abging, erlitt das Auto angeblich eine Panne. Liebknecht, der durch die Schläge auf den Kopf noch ganz benommen war, wurde gefragt, ob er noch gehen könne. Zwei Leute stützten ihn rechts und links, zwei gingen vor und zwei hinter ihm. Alle mit entscherten Pistolen und Handgranaten bewaffnet. Nach wenigen Schritten wurde Liebknecht, angeblich weil er einen Fluchtversuch machte, erschossen. Den ersten Schuß gab Kapitän v. Pflugk-Hartung ab. Nach der Tat war das Auto wieder gebrauchsfähig. Dann wurde die Leiche als unbekannt (auf der Rettungswache im Zoologischen Garten) eingeliefert.

Als *Rosa Luxemburg* durch den Haupteingang des Eden-Hotels fortgeführt wurde, stand derselbe Runge an der Tür. Hauptmann Petri hatte Befehl gegeben, man solle dafür sorgen, daß die Luxemburg nicht lebendig ins Gefängnis komme. Als Frau Luxemburg durch die Tür kam, schlug Runge ihr zweimal auf den Kopf, so daß sie umsank. Der den Transport führende Oberleutnant Vogel hatte nichts dagegen getan. Man schob Frau Luxemburg in den Wagen. Als der Wagen abfuhr, sprang ein Mann von hinten auf und schlug sie mit einem harten Gegenstand auf den Kopf. Unterwegs schoß Oberleutnant Vogel der Frau Luxemburg noch eine Kugel durch den Kopf. Man fuhr zwischen Landwehrkanal und Zoologischem Garten entlang. Am Landwehrkanal stand eine Gruppe Soldaten. Das Auto hielt, die Soldaten warfen die Leiche auf Befehl Vogels in den Kanal. Die am Mord Beteiligten ließen sich am Tage danach bei einem Saufgelage photographieren.“

Lange Zeit wurde nach der Leiche Rosa Luxemburgs gesucht, bis endlich am 31. Mai, also 4<sup>1/2</sup> Monate nach ihrer Ermordung, Rosas Leiche im Landwehrkanal in der Nähe des Zoologischen Gartens an einem Wehrgestänge festgehakt gefunden wurde. Sie wurde am 13. Juni an der gleichen Stätte auf dem Friedhof in Friedrichsfelde beigesetzt, wo am 25. Januar Karl Liebknecht mit 32 erschossenen Arbeitern beerdigt worden war. Alljährlich, am 15. Januar und am 13. Juni, demonstriert das Berliner Proletariat an dieser Stätte, auf der den toten Helden der Revolution ein gewaltiges Denkmal errichtet worden ist.

Die ungeheure Blutschuld, die die sozialdemokratische Führung an dem Meuchelmord an diesen beiden revolutionären Führern des Proletariats und an den in ganz Deutschland mehr als 15 000 erschlagenen und erschossenen Arbeitern trägt, wird so lange ungesühnt bleiben, bis das deutsche Proletariat die Kraft

findet, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, die proletarische Diktatur aufzurichten und damit auch dem Verrat ein Ende zu bereiten, den die sozialdemokratischen Führer am Proletariat begehen. Es wird vielfach von den sozialdemokratischen Arbeitern die Erinnerung an diese Schandtaten ihrer Führer damit abgewehrt, daß sie doch der Vergangenheit angehören und man sie auch einmal wieder vergessen müßte. Aber es handelt sich bei der Erinnerung an diese Schandtaten um die Zukunft des Proletariats.

Offen rüstet das Trustkapital zu neuen Schlägen gegen die Arbeiterklasse. Der Imperialismus betreibt seine Vorbereitung zur Niederschlagung des ersten Arbeiterstaates der Welt. Die sozialdemokratischen Führer sind bereit, der Bourgeoisie in allen ihren Maßnahmen zur Ausbeutung, Ausplünderung und Niederschlagung der werktätigen Massen Beistand zu leisten. Es ist symptomatisch, daß in der gegenwärtigen Zeit der Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat von der SPD-Führerschaft *Noske* wieder hervorgeholt wird, um ihm eine Reichstagskandidatur zu übertragen. *Noske*, der „Bluthund“, ist das Symbol für die Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer.

An den Händen dieser Führer klebt das Blut *Rosa Luxemburgs*, *Karl Liebknechts*, *Leo Jogiches'*, *Eugen Levinés* und der 15 000 erschlagenen Proletarier, die der sozialdemokratische *Noskekurs* als Opfer gefordert hat. Das nie zu vergessen und im Proletariat die revolutionäre Kraft zu erzeugen und zu gewaltiger Einheitsfront zusammenzufassen, um die Konterrevolution niederzuschlagen, an ihrer Stelle die Rätewacht aufzurichten und damit den Weg für den sozialistischen Aufbau frei zu machen: das ist die Aufgabe, zu deren Erfüllung dem Proletariat auch das Gedenken an seine ermordeten großen Führer und seine erschlagenen Kampfeskameraden dienen soll.

*„Internationale Pressekorrespondenz“*,  
*Moskau, Heft 3, 10. Januar 1928.*